

Neu!

NfA Tender News

Exklusive Informationen rund um das Projektgeschäft

Probe-Exemplar?  
Rufen Sie uns an:  
+49(0)69/29725-163

Nachrichten für

Außenhandel

MÄRKTE | TRENDS | GESCHÄFTSCHANCEN



www.djnewsletters.de/nfa  
Mittwoch, 26. April 2006  
69. Jahrgang | 5068 | Nr. 81

|                                   |                                              |                                              |                                            |                                                                                     |
|-----------------------------------|----------------------------------------------|----------------------------------------------|--------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|
| SCHWERPUNKT-THEMA                 | RUSSLAND                                     | VR CHINA                                     | BRASILIEN                                  |  |
| Export- und Investitionsförderung | St. Petersburg investiert in Stromversorgung | Ausländer investieren zögerlich in Provinzen | Elektrotechnik-Importe steigen zweistellig |                                                                                     |
| SEITE 2 UND 3                     | SEITE 5                                      | SEITE 6                                      | SEITE 9                                    |                                                                                     |

AUSSENWIRTSCHAFT AKTUELL

Merkel will Partnerschaft mit Russland ausbauen

BERLIN (AP)--Bundeskanzlerin Angela Merkel will die strategische Partnerschaft mit Russland ausbauen. Nach den Regierungskonsultationen am Mittwoch und Donnerstag im sibirischen Tomsk werde es darum gehen, die Vertiefung der Zusammenarbeit durch konkrete Projekte zu dokumentieren, erklärte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm am Dienstag in Berlin.  
*AP/NfA/26.4.2006*

Windkraftanlagen werden zum Exportschlager

HANNOVER (AP)--Die deutsche Windkraftindustrie wird immer mehr zur Exportbranche. Nach Angaben des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) werden die deutschen Anlagenbauer 2006 bereits 74% ihres Umsatzes auf Auslandsmärkten erwirtschaften. 2005 habe die Exportquote bei 64% und 2004 noch bei 50% gelegen, sagte BWE-Präsident Peter Ahmels am Dienstag.  
*AP/NfA/26.4.2006*

Roth repräsentiert Frankfurt in Shanghai

FRANKFURT (Dow Jones)--Bertram Roth übernimmt ab dem 12. Mai 2006 die Leitung des Repräsentanzbüros der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region in Shanghai. Zuvor war er Projektleiter für China und Indien, teilte das Unternehmen mit.  
*12/NfA/26.4.2006*

Importpreise steigen im März geringer als erwartet

WIESBADEN (Dow Jones)--Der Anstieg der Importpreise auf Jahressicht hat sich im März abgeschwächt. Der Index der Einfuhrpreise stieg zum Vorjahresmonat um 5,5%, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Dienstag berichtete. Im Februar hatte die Jahresveränderungsrate 6,4% und im Januar 6,8% betragen. Ökonomen hatten für März 5,7% prognostiziert.  
*12/NfA/26.4.2006*

RUSSISCHE FÖDERATION / ELEKTRO

ZVEI und UES kooperieren

Vertrag zu Standards soll im Juni unterschrieben werden / Von Lars Hoffmann

HANNOVER (Dow Jones)--Der russische Strommonopolist RAO UES und der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) bauen ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Standardisierung und Zertifizierung weiter aus. Mitte Juni werde dazu voraussichtlich ein Rahmenvertrag unterschrieben, erklärte Horst Gerlach, Mitglied der ZVEI-Geschäftsführung, am Dienstag bei einer Veranstaltung auf der Hannover Messe. Bisher existiert lediglich ein Letter of Intent.

„Standardisierung ist ein wesentlicher Faktor für Zusammenarbeit und Innovation“, sagte Gerlach weiter. Seiner Aussage zufolge sind internationale Standards für die russische Elektrobranche wichtig, wenn diese mit ausländischen Partnern kooperieren wolle. Auch die deutschen Branchenfirmen setzten darauf, da sie einen Exportanteil von mehr als 50% aufweisen.

Viele Normen aus der Sowjetzeit

Noch verfüge Russland über zahlreiche unterschiedliche Normen und Prüfinstitute im Elektrotechnikbereich „aus der Vergangenheit“. Diese weichen zum Teil stark von international gängigen Standards ab, was deutschen Exporteuren das Leben schwer macht. Sie

sind dazu gezwungen, ihre Produkte kostenintensiv in Russland zertifizieren zu lassen. Eine Auflage die für Großunternehmen kaum Probleme bereitet, während für kleine Firmen die damit verbundenen Kosten eine große Hürde darstellen. Sollte es zu einer Harmonisierung mit dem Westen kommt, dürften deshalb insbesondere Mittelständler profitieren. Sergej Rodionov von der Vereinigung zu privatisierender und privater Unternehmen der Russischen Föderation schätzt für diesen Fall, dass kleine und mittlere Firmen aus Deutschland ihre Exporte nach Russland um 25% bis 30% steigern werden. Die Vereinigung, die in Deutschland die Internet-Beschaffungsplattform von RAO UES betreut, leitet dies aus dem Interesse insbesondere mittelständischer Unterneh-

men hierzulande an diesem Akquisement ab. Auch Rodion Kim, Berater von RAO-UES-Chef Anatoli Tschubais, betonte die Bedeutung des gegenwärtigen Reformprozesses für seinen Konzern: „Fragen der technischen Regulierung gehören bei RAO UES zu den Schlüsselthemen“, sagte er. Dies sei der einzige mögliche Weg, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Harmonisierung bis Ende 2007

Bis Ende des Jahres 2007 soll seinen Aussagen zufolge die Anpassung der Standards abgeschlossen sein - Experten zufolge ein äußerst ehrgeiziges Ziel. Schon für das laufende Jahr sei vorgesehen rund 80 von insgesamt 185 Standards einzuführen. „Dabei möchten wir unter anderem auch die Erfahrung nutzen, die Sie in Deutschland gesammelt haben.“ Dies verdeutlicht die große Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem ZVEI - wohl mit Abstand die wichtigste Kooperation der Russen mit einem ausländischen Verband.  
*lah/NfA/26.4.2006*

| MÄRKTE                                              |       |                                                              |       | BRANCHEN/THEMEN                                             |       |                                                                |       |
|-----------------------------------------------------|-------|--------------------------------------------------------------|-------|-------------------------------------------------------------|-------|----------------------------------------------------------------|-------|
|                                                     | Seite |                                                              | Seite |                                                             | Seite |                                                                | Seite |
| Albanien                                            |       | Israel                                                       |       | Polen                                                       |       | Ungarn                                                         |       |
| ASG errichtet Kraftwerkskomplex                     | 5     | Airbus vor dem Durchbruch                                    | 10    | EU-Förderungen werden Entwicklungsmotor                     | 2     | Interessengruppen fordern Wirtschaftsreformen                  | 4     |
| Armenien                                            |       | Japan                                                        |       | Rumänien                                                    |       | USA                                                            |       |
| EU fordert Stilllegung von Kernkraftwerk            | 5     | Wirtschaftsministerium aktualisiert „Cluster“-Politik        | 3     | Ecofys unterstützt Einführung eines Emissionshandelssystems | 4     | Strategische Ölreserve soll in 15 Jahren um 45% steigen        | 9     |
| Brasilien                                           |       | Korea (Dem.)                                                 |       | Bau zweier Atomreaktoren geplant                            | 4     | VR China                                                       |       |
| Importe von Elektrotechnik steigen zweistellig      | 9     | Seoul wirbt für Industriezone                                | 2     | Russische Föderation                                        |       | Roth repräsentiert Frankfurt in Shanghai                       | 1     |
| Deutschland                                         |       | Lettland                                                     |       | ZVEI und UES wollen Kooperation bei Standards vertiefen     | 1     | Ausländische Investoren gehen nur zögerlich in die Provinz     | 6     |
| Importpreise steigen im März geringer als erwartet  | 1     | Nordkorridor soll Rigas Straßen vom Transitverkehr entlasten | 4     | Merkel will strategische Partnerschaft ausbauen             | 1     | Finanzierung von Investitionen bleibt kompliziert              | 6     |
| Windkraftanlagen werden zum Exportschlager          | 1     | Malaysia                                                     |       | Moskau will Hightech-Sektor stärken                         | 3     | Welt                                                           |       |
| Ecuador                                             |       | Unternehmen entdecken Auslandsinvestitionen                  | 7     | St. Petersburg investiert in Stromversorgung                | 5     | Lufthansa Cargo erhöht Kerosinzuschlag auf 0,55 EUR je kg      | 11    |
| Stromwirtschaft braucht mehr Ausrüstungen           | 10    | Moldau                                                       |       | Slowakische Republik                                        |       | WTO sagt Ministertreffen in Genf ab                            | 11    |
| Europa                                              |       | Transnistrien beklagt Verluste durch Zollstreit              | 4     | Bratislava fördert PSA mit 2,2 Mrd SKK                      | 2     | Stahlindustrie sieht kräftiges Branchenwachstum                | 11    |
| EuroCOIN-Indikator sinkt im März auf 0,536          | 8     | Nigeria                                                      |       | Tadschikistan                                               |       | Internationale Länder-Bonitäts-Rangliste                       | 12    |
| Leistungsbilanzdefizit weitet sich im Februar aus   | 8     | Schulden beim Pariser Club getilgt                           | 10    | Weltbank soll Streit um Kraftwerksprojekt schlichten        | 5     | Glos: Ölländer sollen zur Vermeidung von Engpässen investieren | 11    |
| Autobahnbetreiber Abertis und Autostrade vor Fusion | 8     | Panama                                                       |       | Tschechische Republik                                       |       |                                                                |       |
| VW setzt für Polo-Produktion auf das Ausland        | 8     | Größte Erweiterung des Kanals seit 1914 geplant              | 9     | Uganda                                                      |       |                                                                |       |
| Brüssel kündigt Initiativen im Energiesektor an     | 8     | Philippinen                                                  |       | Deutscher Wirtschaftsverband politische Hindernisse         | 7     |                                                                |       |

SCHWERPUNKT-THEMA: EXPORT- UND INVESTITIONSFÖRDERUNG

KOREA (DEM.)

# Seoul wirbt für Industriezone Kaesong

Günstige Investitionsbedingungen sollen auch Ausländer anlocken / Von Detlef Rehn

SEOUL (Dow Jones/bfai)--Der Industriepark Kaesong ist das ehrgeizigste Kooperationsprojekt zwischen Nord- und Südkorea. Nur etwa 60 km von Seoul entfernt entsteht auf nordkoreanischem Gebiet ein großer Industriekomplex. Er soll in drei Stufen bis 2012 verwirklicht werden und im Endstadium eine Gesamtfläche von 2.640 ha umfassen. Bislang war ein Engagement in Kaesong nur für südkoreanische Unternehmen vorgesehen; doch nun sollen auch ausländische Firmen umworben werden.

Die südkoreanische Regierung will so schnell wie möglich ausländische Unternehmen für ein Engagement im nordkoreanischen Gaeseong (Kaesong) Industrial Complex gewinnen. Dies geschehe „in enger Konsultation“ mit dem Norden, heißt es in einer Bekanntmachung des Vereinigungsministeriums in Seoul, die Mitte Februar 2006 veröffentlicht wurde. Noch im Laufe dieses Jahres will die südkoreanische Korea Trade-Investment Promotion Agency (Kotra) mit Roadshows u.a. in Deutschland für die Kaesong-Zone werben.

## Ausländische Investoren sollen schneller einsteigen als geplant

Bisher plante die Regierung in Korea (Rep.), in der ersten Ausbauphase, die bis 2007 reicht, nur heimischen Unternehmen aus arbeitsintensiven Sektoren die Ansiedlung in Kaesong zu ermöglichen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wollte man sich auch um nichtkoreanische Investoren bemühen. Grund für die Eile ist vermutlich, dass sowohl Seoul als auch Pjöngjang einen Machtwechsel zugunsten der Opposition bei den nächsten südkoreanischen Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 nicht ausschließen. Dies aber könnte das Verhältnis der

beiden Koreas grundsätzlich ändern und damit auch die Lage in Kaesong beeinflussen. Ausländische Investitionen in der Industriezone würden, so das mögliche Kalkül, unwiderprüfliche Fakten schaffen.

Legt man das Bild zugrunde, das einer großen Journalistengruppe bei einem Besuch des Industriekomplexes Ende Februar 2006 vermittelt wurde, können ausländische Unternehmen mit guten Bedingungen rechnen. An der Grenze befindet sich auf südkoreanischer Seite ein funktionelles Abfertigungsgebäude, das im Vorgriff auf den erhofften Zuwachs an Einreisen sehr großzügig ausgelegt ist. Es kostete 40 Mio USD, wie ein Manager von Hyundai Asan erklärte. Die Firma ist für die gesamte Bauausführung in der Zone zuständig. Auf nordkoreanischer Seite wurde ebenfalls mit Geld aus dem Süden für 4 Mio USD ein zweites Abfertigungsgebäude errichtet. Es wurde im Dezember 2005 fertiggestellt, war aber zwei Monate später noch nicht in Betrieb. Parallel zur einzigen Straße, über die vom Süden aus der Komplex erreichbar ist, verläuft eine einspurige Eisenbahntrasse. Sie verbindet Kaesong u.a. mit Seoul. Politische Gründe verhinderten bislang ihre längst vorgesehene Inbetriebnahme.

Zuletzt war nur ein Pilotbezirk von 10 ha erschlossen und an 15 südkoreanische Unternehmen verpachtet. Hier befinden sich u.a. die Zonenverwaltung, ferner meist zwei- oder dreigeschossige Fabrikgebäude, Unterkünfte für die südkoreanischen Arbeitskräfte, eine Filiale der Woori-Bank und ein Family-Mart-Convenience Store, in dem die Südkoreaner zollfrei gegen USD einkaufen können.

## Unternehmen interessieren sich für arbeitsintensive Produktion

Elf Unternehmen haben die Produktion aufgenommen und stellen arbeitsintensive Erzeugnisse wie Bekleidung, Schuhoberteile, Puderdosen und Lippenstiftgehäuse, Uhren, einfache elektronische Bauelemente und Autoteile her. Sie beschäftigten zum Besuchszeitpunkt 4.200 nordkoreanische Arbeitskräfte. Insgesamt sind derzeit in der Zone 6.000 Nordkoreaner tätig. Hinzu kommen knapp 500 Südkoreaner.

Die nordkoreanischen Arbeitskräfte sollen zu etwa 80% aus Kaesong und Umgebung stammen. Nach welchem Verfahren sie auf der Basis von vorher übermittelten Arbeitsplatzanforderungen ausgewählt wurden, ist nicht bekannt. Aussagen der südkoreanischen Manager zufolge sind die Arbeitskräfte sehr gut ausgebildet. 80% von ihnen sollen einen höheren Schulabschluss besitzen, 10% sogar eine universitäre Ausbildung absolviert haben. Ferner wurden sie im Unternehmen auf ihre jeweiligen Tätigkeiten vorbereitet. Die Arbeitsproduktivität soll auf diese Weise bereits 80%

des südkoreanischen Niveaus erreichen. Die Wochenarbeitszeit beträgt 48 Stunden.

Aufgeschreckt durch Berichte, in denen von „sklavenähnlichen“ Verhältnissen nordkoreanischer Arbeitskräfte in Tschechien die Rede ist, fragten einige Journalisten nach Löhnen und Gehältern in Kaesong. Zu erfahren war, dass im Monat pro Arbeitskraft 57,50 USD zu zahlen sind. Die Lohnsumme wird im Ganzen an die nordkoreanische Seite gezahlt, die wiederum nach einem unbekannten Schlüssel die Arbeitskräfte (wahrscheinlich in nordkoreanischen KRW) entlohnt. Legt man den offiziellen Wechselkurs von 200 KRW pro USD zugrunde, würden die Arbeiter etwa 11.000 KRW im Monat verdienen. Dies würde den Größenordnungen von Löhnen und Gehältern entsprechen, wie sie in einer Textilfabrik in Pjöngjang im November 2005 dem Vernehmen nach gezahlt wurden.

## Arbeiten kommen sehr rasch voran

Außerhalb des Pilotbezirks war noch nicht viel zu sehen; aber bei der Geschwindigkeit, mit der die Arbeiten bisher fortgeschritten sind, ist diese Aussage sehr bald hinfällig. In der ersten Ausbauphase wird bis 2007 eine Fläche von 330 ha für insgesamt 220 Mio USD erschlossen. Im Bau sind z.B. ein Wasserwerk, eine Klär- und eine Müllentsorgungsanlage. Sie sollen Ende 2006 fertig sein. Außerdem müssen Straßen befestigt werden. Im August 2005 wurden 16,5 ha Land an weitere 24 südkoreanische Unternehmen

verpachtet. 20 von ihnen werden nach Aussagen der Zonenverwaltung bis Ende 2006 mit der Produktion beginnen und schätzungsweise 15.000 nordkoreanische Arbeitskräfte einstellen.

Trotz der prinzipiell guten Bedingungen, die Investoren vorfinden, gibt es auch Nachteile. Wie die Kotra schreibt, kann in Kaesong bisher z.B. kein Internet benutzt werden. Ungünstig ist auch der Transport. Bei Nutzung von LKW der eigenen Firma muss das Vereinigungsministerium in Seoul drei Tage vorher über die Transportdetails informiert werden. Übernehmen spezielle Logistikunternehmen den Abtransport, sind sogar fünf Tage zu veranschlagen. Sehr problematisch sind auch Ursprungslandbezeichnungen, und schließlich können sensible strategische Ausrüstungen und Materialien nicht ohne weiteres nach Korea (Dem. VR) geliefert werden.

Außer den Arbeitskräften, die jeden Tag mit Bussen in die Zone gebracht werden, hat der Kaesong-Komplex mit Nordkorea nichts zu tun. Faktisch handelt es sich um eine südkoreanische Enklave. Die Zone ist vom umgebenden Land durch einen grünen Zaun getrennt, vor dem Soldaten patrouillieren. Der krasse Gegensatz der oft tristen nordkoreanischen Realität etwa zu den hellen, sauberen Werkhallen der Zone offenbart sich den Besuchern derzeit noch an einer Stelle, von der aus unmittelbar hinter dem Zaun stehende stark heruntergekommene Häuser zu sehen sind. Sie dürften bald verschwunden sein. *D.R./NfA/26.4.2006*

POLEN

# EU-Förderungen werden Entwicklungsmotor

21 Mrd EUR fließen aus Brüssel bis 2013

WARSCHAU (Dow Jones)--Polen bekommt ab dem kommenden Jahr bis 2013 von der EU insgesamt 21 Mrd EUR an Förderungen für die Verbesserung der Infrastruktur und des Umweltschutzes. 7 Mrd EUR sollen allein in den Ausbau des Autobahnnetzes fließen, berichtet die Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ und beruft sich dabei auf ein Regierungsprogramm zur Verteilung der EU-Gelder.

4 Mrd EUR aus dem EU-Fördertopf soll die polnische Bahn bekommen, eine Summe, von der die Bahn-Verantwortlichen bisher nur träumen konnten. „Die Infrastruktur-Investitionen, die in den kommenden sieben Jahren von der EU mitfinanziert werden, sollen der gesamten polnischen Wirtschaft Auftrieb verleihen“, sagte einer der Experten, die an dem Investitionsprogramm mitgearbeitet haben, gegenüber der Zeitung. Das im Ministerium für Regionalentwicklung ausgearbeitete Programm ist 200 Seiten stark und sollte am 18. April der Regierung vorgelegt werden.

Polen will bis 2013 mit Hilfe der EU-Gelder vor allem bisherige Ver-

säumnisse beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ausgleichen. Vor allem der Ausbau der Autobahnen A1, A4 und A18, des Schnellstraßennetzes zwischen den größten Städten sowie der Stadtfahrten soll forciert werden. Eine ganze Mrd EUR will man für die Verbesserung des Straßennetzes in Ostpolen ausgeben.

400 Mio EUR sind für die acht Flughäfen in Warschau, Poznan, Lodz, Breslau, Danzig, Rzeszow, Krakau und Kattowitz reserviert. Die Experten hoffen, dass moderne Flughäfen zu Entwicklungsmotoren der Regionen werden. Polen soll zu einem wichtigen internationalen Drehkreuz für den Flugver-

kehr zwischen West- und Osteuropa werden. Die Regierung plant auch, den umweltfreundlichen Verkehr per Bahn und Schiff zu fördern.

Bisher ist aber fraglich, ob die Bahn die für sie reservierten 4 Mrd EUR auch sinnvoll investieren kann. Von den 84 Mio EUR, die Polen bisher aus dem EU-Budget für Bahn-Investitionen bekommen hat, konnte bisher erst 1% in Projekte investiert werden. Geplant ist u.a. der Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn zwischen Warschau und Breslau mit einer Verbindung nach Poznan (Posen).

Für die Modernisierung der Häfen und des Seetransports sind Ausgaben in Höhe von 400 Mio EUR vorgesehen. 4,29 Mio EUR an EU-Fördergeldern soll das Umweltministerium zur Finanzierung von Nationalparks, Kläranlagen und „grünen“ Technologien für die Industrie bekommen. *APA/NfA/26.4.2006*

TSCHECHISCHE REPUBLIK

## Prag erleichtert Firmengründungen

PRAG (Dow Jones)--Tschechien will die Gründung und den Betrieb von Unternehmen künftig durch den Abbau bürokratischer Hindernisse erleichtern. Der Kontakt mit den Behörden - Finanzamt, Sozialamt, Gewerbeamt und Krankenkasse - soll auf das Notwendigste beschränkt werden. Ab dem kommenden Jahr soll es nur eine einzige zuständige Stelle („One-Stop-Shops“) und ein einziges Formular geben anstelle des bisherigen Hürdenlaufs durch vier verschiedene Behörden, bei denen bis zu acht Formulare ausgefüllt werden mussten.

SLOWAKISCHE REPUBLIK

## Bratislava fördert PSA mit 2,2 Mrd SKK

BRATISLAVA (Dow Jones)--Der französische Automobilkonzern PSA Peugeot Citroen erhält von der Slowakei Subventionen

Laut einer Novelle des Gewerbegesetzes, die vom Abgeordnetenhaus und vom Senat gebilligt wurde, werden ab Januar 2007 bei den Gewerbeämtern so genannte Zentrale Registrierungsstellen (CRM) eingerichtet, bei denen man bei einem einzigen Termin alle Formalitäten erledigen kann. „Künftig werden nicht die Unternehmer zwischen den staatlichen Behörden hin und her laufen, sondern die Informationen zwischen den Behörden“, zeigte sich Innenminister Frantisek Bublan zuversichtlich. Man habe nun ein System, in dem die Institutionen von den Unternehmern keine Informationen mehr einfordern dürften, die bereits bei anderen Institutionen erfasst und gespeichert worden seien, sagte Bublan. *APA/NfA/26.4.2006*

von 2,2 Mrd SKK (58,9 Mio EUR). Das hat die Regierung in Bratislava beschlossen. 54% der Förderungen sollen demnach als Steuerermäßigungen gewährt werden, der Rest sind Direktzahlungen. PSA baut bei Trnava in der Westslowakei zwei Fabriken. *APA/NfA/26.4.2006*

JAPAN

# Tokio aktualisiert „Cluster“-Politik

Vielzahl von Unternehmensneugründungen angestrebt / Von Jürgen Maurer

TOKIO (Dow Jones/bfai)--Japan will die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit seiner Regionen stärken. Dazu soll das Industrie-„Cluster“-Programm beitragen, das in seiner zweiten Auflage zwischen 2006 und 2011 an die vorangegangenen Erfahrungen anknüpft. Ziel ist, nicht nur regionale Industrien zu erhalten, sondern auch neue Unternehmen entstehen zu lassen. Kooperation mit Übersee und Projekte im Ausland sind dabei durchaus erwünscht.

In der zweiten Auflage seines Industrie-„Cluster“-Plans, der von 2006 bis 2011 läuft, will das Ministry of Economy, Trade and Industry (METI) in Tokio die infrastrukturellen Rahmenbedingungen verfeinern. Durch industrielle „Cluster“ sollen der Austausch zwischen Industrie, Wissenschaft und staatlichen Stellen gefördert, neue Forschung und Entwicklung angeregt werden und letztlich daraus neue Unternehmen und Innovationen hervorgehen.

40.000 Firmengründungen als Ziel

Bis 2011 ist das Ziel gesetzt, insgesamt bis zu 40.000 neue Unternehmen entstehen zu lassen. Aus den 19 Projekten, die im vorangegangenen ersten Fünfjahrprogramm 2001 bis 2006 gestartet wurden, sollen nun 17 Projekte werden. Gegenüber dem ersten „Cluster“-Plan werden fünf Projekte abgeschafft

bzw. in andere integriert, drei neu aufgenommen, neun verändert und fünf wie bisher weitergeführt. Allerdings rechnen sich diese auf mehr als 30 Vorhaben hoch, weil einige der Projekte in zwei oder mehr Bereichen gezählt werden. Am stärksten wird mit neun Vorhaben der Bereich Life Science vertreten sein, sieben Projekte sind im Bereich Energie und Umwelt zu finden, je sechs Vorhaben sind für digitale Inhalte und intelligente Haushaltsgeräte geplant und jeweils drei Projekte für Robotik und Brennstoffzellen. Angesichts der demographischen Entwicklung und der starken Stellung, die der Agrarbereich noch hat, findet sich der Bereich Life Science praktisch in allen Regionen Japans wieder. Im Biotechnologiebereich besteht eine Reihe von großen Industrie-„Clustern“, die vom Hokkaido Bio-„Cluster“ im Norden Japans über das Kobe Medical

Industry Development Project in der mittleren Kansai-Region bis zum Fukuoka Bio-Valley-Projekt auf der südlichen Insel Kyushu reichen. Initiativen und Aktivitäten für Einzelprojekte müssen von den

| Projekte des 2. „Cluster“-Plans                                      |            |
|----------------------------------------------------------------------|------------|
| Projektname                                                          | Ziel *)    |
| Hokkaido Super Cluster Promotion Strategy                            | 3.000      |
| Tohoku Manufacturing Corridor                                        | 2.400      |
| Regional Industries Activation Project                               | ca. 10.000 |
| Tokyo Metropolitan Area Information Venture Forum                    | 250        |
| Tokyo Metropolis Area Bio-Genome Venture Network                     | 250        |
| Tokai Manufacturing Creation Project                                 | 5.000      |
| Tokai Biotechnology and Manufacturing Creation Project               | 60         |
| Hokuriku Manufacturing Creation Project                              | 1.000      |
| Kansai Bio Cluster Project                                           | 1.000      |
| Environment Business Kansai - Green Cluster                          | 1.000      |
| Next Generation Core Industries Creation Project                     | 3.000      |
| Recycling- and Environment-Oriented Society Creation Policy          | 800        |
| Shikoku Techno-Bridge Plan                                           | 2.000      |
| Kyushu Area Environment and Recycling Industries Communication Plaza | 1.500      |
| Kyushu Sillion Cluster Plan                                          | 1.500      |
| Okinawa Industries Promotion Project                                 | 4.500      |
| *) Anzahl neuer Unternehmen                                          |            |

Regionen - den Unternehmen und Forschungsinstitutionen - kommen. Sie können finanzielle Unterstützung beim METI beantragen, das speziell für Industrie-„Cluster“-Entwicklung Gelder bereithält.

56,7 Mrd JPY verfügbar

Für den Zeitraum April 2006 bis März 2007 liegt das verfügbare Budget bei 56,7 Mrd JPY, gab das Ministerium Auskunft. Dabei sollen die Projekte nicht nur in Japan son-

dern auch im Ausland ausgeführt werden können und die Aktivitäten besser bekannt gemacht werden. Denn internationaler Austausch wird gesucht, der sich auf Partnerschaften zwischen gleichgearteten „Clustern“ und auch auf Kooperationen zwischen individuellen Unternehmen bezieht.

Der unlängst veröffentlichte „Second Term Medium-range Industrial Cluster Plan“ des japanischen Wirtschaftsministeriums ist unter der folgenden Internet-Seite verfügbar: [www.meti.go.jp/policy/local\\_economy/downloadfiles/Business\\_environment\\_prom\\_div/Second Term Medium-range Industrial Cluster Plan\\_English\\_.pdf](http://www.meti.go.jp/policy/local_economy/downloadfiles/Business_environment_prom_div/Second_Term_Medium-range_Industrial_Cluster_Plan_English_.pdf). Weitere Informationen zu konkreten Projekten in verschiedenen „Clustern“ gibt es unter: [www.meti.go.jp/policy/local\\_economy/downloadfiles/Business\\_environment\\_prom\\_div/Cluster-pamphlet-English.pdf](http://www.meti.go.jp/policy/local_economy/downloadfiles/Business_environment_prom_div/Cluster-pamphlet-English.pdf) *M.J./NfA/26.4.2006*

| KONTAKT:                                                                                           |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Ministry of Economy, Trade and Industry (Meti)                                                     |
| Business Environment Promotion Division, Economic and Industrial Policy Bureau                     |
| 1-3-1 Kasumigaseki                                                                                 |
| Chiyoda-ku                                                                                         |
| Tokyo, 100-8901                                                                                    |
| Tel.: 0081/3 3501 0645                                                                             |
| Fax: -35 01 62 31                                                                                  |
| Internet: <a href="http://www.meti.go.jp/english/index.html">www.meti.go.jp/english/index.html</a> |

UGANDA

## Deutscher Wirtschaftsverband gegründet

Enge Kooperation mit German Business Association in Nairobi

KAMPALA (Dow Jones/bfai)--In Uganda wird ein deutscher Wirtschaftsverband gegründet. Dies wurde beim letzten von der Deutschen Botschaft organisierten informellen „Treffen am runden Tisch“ in Kampala von den Repräsentanten deutscher Firmen und Institutionen beschlossen.

Seit Anfang 2005 gibt es in Kampala regelmäßige, von der Deutschen Botschaft organisierte informelle „Treffen am runden Tisch“, sogenannte Business Roundtable Meetings, für die Repräsentanten deutscher Firmen und Institutionen. Auf dem letzten Treffen Anfang April 2006 wurde von den Teilnehmern beschlossen, sich nach dem Vorbild der German Business Association (GBA) in Nairobi als Verband in Uganda zu konstituieren.

Schon seit Beginn der informellen „Treffen am runden Tisch“ gibt es einen regelmäßigen Austausch zwischen den deutschen Vertretern in Kampala und der GBA in Nairobi. Auch bei der konstituierenden Sitzung war eine Abordnung des GBA-Vorstands aus Nairobi als „Geburtsshelfer“ dabei.

Die Initiative zur Verbandsgründung in Kampala entspringt dem Wunsch der deutschen Vertreter in Uganda zu regelmäßiger Kontaktpflege und gegenseitiger Unterstützung in einem schwierigen geschäftlichen Umfeld. So leidet im Moment die gewerbliche Wirtschaft des Landes stark unter den Maßnahmen zur Stromrationierung, Folge der Ener-

gieverknappung nach der monatelangen Dürre in Ostafrika. Von der Sicherung einer ausreichenden Stromversorgung hängt jedoch die weitere Entwicklung der ugandischen Industrie ab, die in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten Wachstums-motoren der Wirtschaft geworden ist. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich auch das allgemeine Interesse an Geschäftskontakten mit Uganda in der Region erhöht. Zukünftig dürfte es nicht zuletzt den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Uganda und Deutschland förderlich sein, wenn neben der Deutschen Botschaft ebenfalls ein deutscher Wirtschaftsverband als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung steht. *I.H./NfA/26.4.2006*

| KONTAKT:                                                                                 |
|------------------------------------------------------------------------------------------|
| German Embassy                                                                           |
| P.O. Box 7016                                                                            |
| Kampala                                                                                  |
| Uganda                                                                                   |
| Tel.: 0025641/50 11 11                                                                   |
| Fax: -50 11 15                                                                           |
| E-Mail: <a href="mailto:lvz1@kamp.auswaertiges-amt.de">lvz1@kamp.auswaertiges-amt.de</a> |

RUSSISCHE FÖDERATION

## Moskau will Hightech-Sektor stärken

Regierung billigt Technologiepark-Programm / Geteiltes Echo bei Unternehmen

MOSKAU (Dow Jones/bfai)--Die russische Regierung hat ein Programm zur Förderung von Technoparks abgesegnet. Mit Hilfe dieser Einrichtungen will das Land sein Hightech-Potenzial auf internationalen Erfolgskurs bringen. Über konkrete Förderungen lässt das Konzept allerdings noch wenig verlauten. Die Programmplaner des IT- und Telekomministeriums gehen von staatlichen Zuschüssen von 20% der Gesamtkosten aus. Unternehmen vermissen an dem Kompromiss die ursprünglich in Aussicht gestellten steuerlichen Anreize.

Mit der Ansiedlung von Technologie-Unternehmen (Nano-, Bio-, Informations- und sonstige Technologien), Forschungsstätten, Hochschulen und branchennahen Dienstleistern innerhalb spezieller Wirtschaftszonen will Russland bis 2010 zu den weltweit führenden Hightech-Nationen aufschließen. In den nächsten vier Jahren sind Pilotprojekte in den Gebieten Moskau, Nowosibirsk, Nischnij Nowgorod, Kaluga, Tjumen, Tatarstan und St. Petersburg geplant. Jeder Technopark soll eigens von einer Firma verwaltet werden, die per Ausschreibung durch den Aufsichtsrat des Parks bestimmt wird. Als Mitglieder des Aufsichtsrates agieren Vertreter von Branchenunternehmen sowie föderaler und regionaler Behörden.

Die Gründung der Verwaltungsorgane der Technoparks ist für die Zeit von 2006 bis 2007 vorgesehen. In dieser ersten Phase sollen auch die Bauarbeiten vorbereitet und teilweise gestartet werden, Marke-

tingaktionen und organisatorische Tätigkeiten anlaufen. In einer zweiten Phase von 2008 bis 2010 stehen der Ausbau der Infrastruktur und die Gewinnung weiterer Unternehmensniederlassungen an.

Ein Teil der Infrastruktur der Technoparks soll mit Hilfe staatlicher Mittel finanziert werden. Genaue Summen nennt der aktuelle Programmentwurf allerdings nicht. Das IT- und Telekomministerium (Mininformsvjazi), das dieses Programm konzipiert und eingebracht hat, rechnet damit, dass der Staat etwa 20% der geplanten Ausgaben beisteuern wird. Auch sonst sind die Fördermaßnahmen noch recht vage formuliert. Konkrete Gestaltungsvorschläge sollen im 2. Quartal 2006 von den zuständigen Ministerien - unter Federführung des Mininformsvjazi - vorgelegt werden.

Nach Auskunft aus dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel (MERT) ist der Abschluss der vorbereitenden Arbeiten (für die etwa 70 Mio bis

140 Mio RUB aus dem Staatssäckel veranschlagt sind) in den Test-Parks für 2006 vorgesehen. Bis 2010 sollen die Technoparks über eine komplette Infrastruktur verfügen: von Produktions- und Forschungsstätten über Transportkapazitäten bis hin zu Wohnungen und soziale Einrichtungen. Der Wert der in diesem Rahmen hergestellten Produkte und Dienstleistungen könnte sich lt. Programm auf mehr als 100 Mrd RUB belaufen.

Die staatliche Hilfe wird sich neben der Erleichterung bürokratischer Angelegenheiten (z.B. Zuteilung von Grundstücken) voraussichtlich auf die soziale Infrastruktur konzentrieren. Die Zuschüsse werden für jeden Park einzeln festgelegt und gebilligt.

Bei den russischen Technologiefirmen stößt das durch die Regierung abgesegnete Förderkonzept auf ein geteiltes Echo. Die Aussicht auf staatliche Hilfe wird prinzipiell begrüßt. Dass Steuererleichterungen im aktuellen Programmentwurf keinen Platz mehr finden, sorgt derweil für Kritik.

Das Staatliche Programm „Schaffung von Hightech-Technoparks in der Russischen Föderation“ ist auf Russisch unter [www.government.ru/data/structdoc.html?he\\_id=100&do\\_id=2135](http://www.government.ru/data/structdoc.html?he_id=100&do_id=2135) abrufbar. *K.C./NfA/26.4.2006*

LETTLAND / INFRASTRUKTUR

# Nordkorridor soll Rigas Straßen vom Transit entlasten

Umgehungsstraße für Hauptstadt geplant / Zusätzliche Flussquerung als Herzstück / Von Jan Triebel

**RIGA (Dow Jones/bfai)**--Um dem zunehmenden Verkehr der lettischen Metropole Herr zu werden, wollen Rigas Stadtväter zum Befreiungsschlag ausholen. Für rd. 1 Mrd EUR soll während der nächsten zehn Jahre ein 20 km langer „Nordkorridor“ eingerichtet werden. Er soll hauptsächlich den Transitverkehr aufnehmen, auf den ein beträchtlicher Teil des innerstädtischen Verkehrsaufkommens entfällt. Läuft alles nach Plan, könnten die Fahrzeuge auf der neuen Umgehungsstraße ab 2016 durchgehend rollen.

Hauptbestandteil des geplanten Rigaer „Nordkorridors“ wird die bereits seit mehreren Jahren diskutierte Nordquerung des Flusses Daugava sein. Den ursprünglichen Überlegungen zufolge sollte ein 1,3 km langer Tunnel beide Ufer verbinden, wobei das Absenken von fünf vorgefertigten Tunnelmodulen als die bevorzugte Baumethode galt. Da es jedoch bereits im Sommer 2003 zur Annullierung der Ergebnisse des Tenders über die Leistungen zur Projektierungs- und Bauaufsicht wegen vermuteter Unregelmäßigkeiten während der Ausschreibung kam und die zuständigen Gerichte noch keine endgültige Entscheidung zu den Anfechtungen der involvierten Parteien getroffen haben, ist das Projekt bisher noch nicht vom Fleck gekommen.

## Gerichtsstreit blockiert Projekte

Möglicherweise können die Initiatoren des „Nordkorridors“ auf eine abschließende Entscheidung der Gerichte aber auch verzichten. Denn mittlerweile halten zahlreiche Experten die Tunnellösung, die es mit allen Anbindungen auf eine Gesamtlänge von 7,2 km bringen würde, für zu teuer und favorisieren deshalb eine Brücke. Kritiker dieser Option geben wiederum zu bedenken, dass an der geplanten Stelle auch diese Variante sehr kostenintensiv ausfallen dürfte. Immerhin müsste die Brücke mit mindestens 55 m deutlich höher als die bereits bestehenden Daugava-Überführun-

gen sein, um den Verkehr der Hochseeschiffe zum Rigaer Hafen nicht zu beeinträchtigen.

Auf jeden Fall wird aktuell für dieses Teilstück des „Nordkorridors“ mit Kosten von knapp 435 Mio EUR gerechnet, von denen 300 Mio EUR auf die eigentliche Querung der Daugava entfallen sollen. Die restlichen 135 Mio EUR sollen im Rahmen der 4,6 km langen Anbindungen an die anderen beiden Hauptkomponenten des Korridors verbaut werden. Dazu gehört ein unterirdisch verlaufender Straßenabschnitt auf einer Länge von 1 km. Sollte das Genehmigungsverfahren und die Projektierung für die Daugava-Querung in Kürze wieder in Gang kommen, könnten spätestens 2009 die Bauarbeiten beginnen und voraussichtlich 2014 ihr Ende finden.

Bereits zwei Jahre vor dem ersten Spatenstich zur Nordquerung fällt der Startschuss für einen anderen Bauabschnitt, auf dem der Verkehr bereits ab 2012 rollen könnte. Dieser soll die bisherige Hauptausfallstraße Rigas in nördlicher Richtung, die Brivibas iela, zwischen den Bezirken Bukulti und Ciekurkalns auf einer Länge von 8,2 km entlasten. Der Kostenansatz fällt mit gut 123 Mio EUR etwas überschaubarer aus, da der Abschnitt durch weniger stark besiedelte Rigaer Stadtteile verläuft. Ähnlich verhält es sich mit dem dritten Teilstück des „Nordkorridors“, der als westliche Spange den Anschluss zwischen der Nordquerung und dem Stadtbezirk Babi-

te herstellt. Für die insgesamt 6,1 km lange Trasse werden derzeit 96 Mio EUR veranschlagt.

Zusätzlich zu diesem Streckenverlauf wird von Logistikexperten eine Verlängerung des „Nordkorridors“ bis zur Schnellstraße Riga-Jurmala verlangt. Nur durch den wenige Kilometer ausmachenden Lückenschluss zwischen der Rigaer Stadtgrenze und der autobahnähnlichen Trasse bekäme das Transportgewerbe für den Riga-Transit zu den bisher bestehenden Möglichkeiten eine wirklich attraktive Alternative. Denn über diese zusätzliche Spange würde der „Nordkorridor“ an das lettische Europastraßen-Netz in westlicher Richtung angeschlossen, womit sich auch die Erreichbarkeit der bedeutenden Häfen von Ventspils und Liepaja deutlich verbessert.

## Planer will Vorhaben erweitern

Vilnis Strams, Chefplaner für Rigas Infrastruktur, hält deshalb eine Erweiterung des „Nordkorridor“-Projektes sogar für zwingend. Zusammen mit diesem zusätzlichen Abschnitt dürfte jedoch der bisher errechnete Finanzrahmen deutlich gesprengt werden. Statt der bisher veranschlagten Gesamtsumme von 665 Mio EUR sieht Strams aber auch wegen der rasant steigenden Baukosten (im Jahresverlauf 2005 allein um 11,4%) nun Kosten von rd. 1 Mrd EUR auf die lettische Hauptstadt zukommen.

Wie diese Gelder aufgebracht werden können, ist noch unklar. Die Nordquerung der Daugava ist ein heißer Anwärter für Mittel aus dem Brüsseler Kohäsionsfonds. Bei einem positiven Votum der EU-Kommission könnte somit mit 150 Mio EUR die Hälfte der erwarteten Kosten für den Bau einer Brücke oder eines Tunnels über Finanz-

hilfen der Gemeinschaft abgedeckt werden.

Für die als kreuzungslose Schnellstraße konzipierte Paralleltrasse zur Brivibas iela wird hingegen vom lettischen Transportministerium privates Engagement favorisiert. Bisher gibt es aber kaum Erfahrungen mit Betreibermodellen unter dem Dach von Public Private Partnerships (PPP). Falls für diesen Abschnitt des „Nordkorridors“ tatsächlich auf PPP zurückgegriffen werden sollte, könnte zur Gegenfinanzierung erstmals in Lettland eine Mautgebühr zum Thema werden.

Trotz der aktuell noch bestehenden Unklarheiten zu den Finanzierungsmodalitäten des Megaprojektes soll an dem vorgesehenen Starttermin für die Bauarbeiten am ersten „Nordkorridor“-Abschnitt, Anfang 2007, in jedem Fall festgehalten werden. Um dies zu unterstreichen, hat der Rigaer Stadtrat Anfang Februar 2006 die ersten Gelder für das Vorhaben freigegeben. Mit einer umgerechnet rd. 430.000 EUR umfassenden Tranche sollen die Kosten zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe sowie Leistungen ausländischer Berater bezahlt werden, die zur Vorbereitung herangezogen werden sollen.

T.J./NfA/26.4.2006

## KONTAKT:

Rigas domes - Pilsetas attistibas departaments

(Abteilung für Stadtentwicklung der Rigaer Stadtverwaltung)

Amatu iela 4

1050 Riga

Lettland

Tel.: 00371/7 10 58 00, -7 01 29 47

Fax: -7 03 79 34

E-Mail: pad@riga.lv

Internet: www.rpad.lv

UNGARN / WIRTSCHAFT

## Interessengruppen fordern Wirtschaftsreformen

**BUDAPEST (Dow Jones)**--Ungarische Wirtschaftsinteressengruppen haben die Regierungskoalition aus Sozialisten und Liberalen nach ihrer Wiederwahl zu einer zweiten Amtszeit am Sonntag aufgefordert, eine neue Wirtschaftspolitik zur Einführung des Euros zu verfolgen. 16 Interessengruppen unterzeichneten jetzt eine Grundsatzerklärung, die als bezahlte Anzeige in mehreren Tageszeitungen veröffentlicht wurde.

Sie boten der Regierung darin eine Zusammenarbeit auf vier Hauptgebieten zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes an, darunter bei einer vernünftigen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik, bei Finanzreformen, bei einem dienstleistungsorientierten Gesundheitswesen sowie einer Steuerreform zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

„Ohne diese Reformen kann das Euro-Annäherungsprogramm nicht erfolgreich verlaufen“, heißt es in dem Manifest weiter. „Die Mitwirkenden in der Wirtschaft, die politischen Parteien und die Regierung müssen sich auf das Wichtigste verständigen, nämlich auf eine neue soziale Vereinbarung, eine neue ökonomische Politik, die die strategischen Ziele des Landes sowie die Möglichkeiten und Ausichten der Wirtschaft berücksichtigen.“

Zu den Vorschlägen der Interessengruppen zählen eine Eindämmung des Haushaltsdefizits, eine Koordinierung der Finanz- und Währungspolitik, die schnelle Einführung des Euros, eine Verbesserung der Investorenstimmung, ein Gesundheitswesen, das sich sowohl staatlich als auch privat finanziert, die Abschaffung örtlicher Steuern, eine allmähliche Reduzierung der Sozialversicherungssteuern, eine Begrenzung der Steueranreize und ein neues Steuerregime für Unternehmen.

NfA/26.4.2006

RUMÄNIEN / UMWELT

## Ecofys hilft bei Einführung von Emissionshandel

**KÖLN (Dow Jones)**--Ein internationales Expertenteam unter der Leitung des Kölner Beratungsunternehmens Ecofys berät das rumänische Ministerium für Umwelt und Wasserwirtschaft bei der Implementation eines EU-Emissionshandelssystems. Da die Karpatenrepublik der EU voraussichtlich im Januar 2007 beitrifft, plant die politische Führung in Bukarest die zeitgleiche Teilnahme an dem EU-weiten Programm. Ecofys werde hierbei gemeinsam mit dem niederländischen Unternehmen CAP SD und Experten vor Ort einen Nationalen Allokationsplan (NAP) sowohl für die erste (2005-2007) als auch die zweite (2008-2012) Handelsperiode erarbeiten und entsprechende Monitoring- und Reporting-Konzepte erstellen und umsetzen. Der EU-Beitritt Rumäniens im Jahr

2007 erfordert die Umsetzung der EU-Richtlinien in nationales Recht. Dazu zählt auch die Emissionshandels-Richtlinie, welche die rumänische Regierung zum 1. Januar 2007 realisieren will. In Anbetracht der dafür erforderlichen Fachkompetenz und dem ehrgeizigen Zeitlimit ist ein von Ecofys geführtes Team von dem Ministerium für Umwelt und Wasserwirtschaft beauftragt worden, Rumänien bei der Umsetzung dieser EU-Emissionshandels-Richtlinie zu helfen.

Das Unternehmen arbeite bereits zur Implementation des EU-weiten Emissionshandelssystems mit westeuropäischen Behörden zusammen.

12/NfA/26.4.2006

## KONTAKT:

ecofys

Ansprechpartnerin: Karin Geisler

Tel.: +49 (0) 221/510907-25

E-Mail: k.geisler@ecofys.de

RUMÄNIEN / ENERGIE

## Gleichzeitiger Bau zweier Atomreaktoren geplant

**BUKAREST (Dow Jones)**--Rumänien will zwei Reaktoren gleichzeitig in seinem Atomkraftwerk in Cernavoda bauen. Das Projekt würde rund 2,2 Mrd EUR kosten, verlautete es aus dem Wirtschaftsministerium, wie die „Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien“ meldete. In Cernavodă produziert zurzeit ein Reaktor mit einer installierten Leistung von 700 MW rund 10% des Strombedarfs des Landes. Der zweite Reaktor soll im März 2007 ans Netz gehen. Für den Bau der Reaktoren 3 und 4 soll laut Machbarkeitsstudie eine gemischte Gesellschaft mit Privatkapital gegründet werden. An der würden der rumänische Staat über die Betreibergesellschaft Nuclearelectrica sowie interessierte Investoren beteiligt sein, hieß es.

11/NfA/26.4.2006

MOLDAU / WIRTSCHAFT

## Transnistrien beklagt Verluste durch Zollstreit

**TIRASPOL (Dow Jones)**--Die Verluste Transnistriens durch die Wirtschaftsblockade, die am 3. März mit der Einführung neuer Zollregeln durch die Ukraine begonnen hat, belaufen sich auf 112 Mio USD. 89,1 Mio USD davon entfallen auf die Wirtschaftssubjekte. Das teilte die Wirtschaftsministerin der nicht anerkannten Republik, Jelena Tschernenko, laut einem Bericht der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit.

Noch nicht darin erfasst seien zudem Steuerzahlungen in Höhe von 17,3 Mio USD und Gewinneinbußen der Unternehmen in Höhe von 8,7 Mio USD. Nach Angaben der Ministerin liegt der Produktionsumfang gegenüber dem Vorjahr bei 81%.

„Bei all den Schwierigkeiten, die unsere Volkswirtschaft durchlebt,

haben die Produktionsbetriebe, vor allem die größeren, gearbeitet - leider nur für die Lagerhäuser“, sagte Jelena Tschernenko.

Im ersten Quartal 2006 hat der Export aus Transnistrien wertmäßig nur 80 Mio USD bzw. 59% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2005 betragen, als Erzeugnisse für insgesamt 135 Mio USD an Bezieher im Ausland geliefert worden waren. Seit dem 3. März wurden Erzeugnisse im Gesamtwert von 5,5 Mio USD vor allem auf europäische Märkte geliefert, sagte die Ministerin.

Der Chef des ukrainischen Zolldienstes, Alexander Jegorow, hatte am 3. März auf Beschluss der ukrainischen Regierung neue Zollregeln eingeführt. Laut dem entsprechenden Dokument müssen alle Güter, die über die ukrainisch-transnistrische Grenze transportiert werden, vom Zoll in Moldau und nicht mehr in Transnistrien abgefertigt, wie das früher der Fall war.

NfA/26.4.2006

RUSSISCHE FÖDERATION / ENERGIE

St. Petersburg investiert in Stromversorgung

Zwei Kraftwerke in Planung / Modernisierung der Wärme- und Stromnetze / Von Waldemar Lichter

ST. PETERSBURG/MOSKAU (Dow Jones/bfai)--Die nordwestrussische Metropole St. Petersburg wird die Strom- und Wärmeversorgung ausbauen müssen. Das hohe Wirtschaftswachstum der Stadt und der Umlandregionen lässt den Verbrauch steigen. Der Netzanschluss neuer Verbraucher ist heute schon wegen des wachsenden Defizits ein großes Problem. Die Versorgungslücke wird von Fachleuten auf rd. 2.000 MW geschätzt. Die Investitionsvorhaben werden in- und ausländischen Anlagenbauern und Ausrüstungsherstellern Lieferchancen eröffnen.

Die Verwaltung von St. Petersburg bereitet derzeit einen Generalplan für die Strom- und Wärmeversorgung der Stadt vor. Das Schema soll noch 2006 fertiggestellt werden, versicherte Andrej Sorotschinskij, stellv. Vorsitzender des Komitees für Energie und ingenieurtechnische Versorgung der Stadtregierung. „Der Generalplan wird eine wichtige Grundlage für Investitionen in diesem Sektor bilden“, so der Energieexperte auf der fünften Internationalen Konferenz „Moderne Stromindustrie 2006“ (Veranstalter: Gesellschaft Restec/St. Petersburg).

Geplante 26 Mrd RUB dürften für Investitionen kaum reichen

Dem mittelfristigen Programm für den städtischen Energiesektor zufolge sollen bis 2008 rd. 26 Mrd RUB für Erneuerungs- und Ausbauinvestitionen ausgegeben werden. Doch das dürfte bei weitem nicht reichen. In den vergangenen 15 Jahren wurde in der städtischen Stromwirtschaft kaum investiert. Ein großer Teil der Infrastruktur ist heillos verschlissen, einige Ausrüstun-

gen sollen noch aus der Vorrevolutionenzeit stammen. „Wir rechnen mit einem Mehrbedarf von 18 Mrd RUB bis zum Jahr 2010“, berichtete Sorotschinskij.

Den größten Investitionsbedarf gibt es dabei in der maroden Netzwirtschaft. Zahlreiche neue Umspannwerke befinden sich bereits im Bau oder in der Planungsphase. Dazu gehören u.a. auch zwei neue Anlagen in Schuschary (110 kV) und im Südwesten der Stadt, um die Versorgung des geplanten Toyota-Montagewerkes und des Immobiliengroßprojektes „Baltische Perle“ (Wohnungen, Geschäfts- und Handelszentren mit Beteiligung von Investoren aus der VR China) mit Strom zu sichern.

Die Investitionen werden nicht ausschließlich durch die Stromerzeuger finanziert. Die Stadt selbst engagiert sich zunehmend mit Budgetmitteln, um die kritische Situation zu lindern. Bis 2008 verpflichtete sich St. Petersburg, rd. 6 Mrd RUB (rd. 179 Mio EUR) allein für Investitionen im Stromnetz zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2006 sind für die gesamte Energiewirtschaft der Stadt (Wärme-, Strom-

und Gasversorgung) rd. 10 Mrd RUB aus dem städtischen Haushalt vorgesehen. Im Vergleich zu 2003 werde die Stadt die Investitionen in die Energieversorgungsinfrastruktur versechsfachen, erläuterte Sorotschinskij.

Geplant sind außerdem zwei neue Kraftwerke. Noch im April 2006 soll der Startschuss für die Projekterstellung und den Bau eines neuen Kombikraftwerks mit einer Leistung von 540 MW und 660 Gcal/h im Südwesten der Stadt (Jugo-Zapadnaja TEZ) fallen. Es wird sich um eines der größten Investitionsprojekte im Kraftwerksbau, die derzeit in Russland realisiert werden, handeln. Die Anlage soll u.a. auch das sehr große Immobilienprojekt „Baltische Perle“ mit Strom versorgen. Die Fertigstellung ist für 2011/12, die Inbetriebnahme des ersten Teils für 2008/09 vorgesehen.

Kraftwerksausrüstungen kommen aus dem Ausland

Die Gasdampfturbinen für das Kraftwerk werden im Ausland bestellt, sagte Rostislaw Kostjuk, stellv. Generaldirektor des Betreibers OAO Jugo-Zapadnaja TEZ. Derzeit wird mit ausländischen Herstellern darüber verhandelt. Danach sollen Gespräche über andere Ausrüstungen, Dampfturbinen und Kessel geführt werden. Geplant ist außerdem die Errichtung eines neuen Kraftwerks im Norden der Stadt, das die Spitzenlast abdecken

soll. Dafür soll bald eine Machbarkeitsstudie erstellt werden.

Die Stadtverwaltung bemüht sich jedoch auch, die Rahmenbedingungen für die Strom- und Wärmewirtschaft zu verbessern. Sorotschinskij kündigte an, die Genehmigungen für die Errichtung neuer Stromleitungen zu vereinfachen. Um Investoren mehr Planungssicherheit zu geben, bemüht sich die Stadt darum, dass die vom von den föderalen Behörden vorgeschriebenen Tarifobergrenzen für eine Laufzeit von drei Jahren statt wie bisher für ein Jahr festgelegt werden.

Durchführungsbestimmungen für PPP-Projekte fehlen noch

St. Petersburg wartet ferner auf Durchführungsbestimmungen zum bereits verabschiedeten Konzessionsgesetz. Dann könnten PPP-Projekte (public private partnership) auf den Weg gebracht werden.

Ein Vorhaben, das die Wärmeversorgung der Stadt verbessern wird, führt derzeit das Kraftwerk Sewero-Zapadnaja TEZ durch. Das Kraftwerk wird seit 2003 von der russisch-italienischen Gesellschaft Enel ESN betrieben. Ab Herbst 2006 wird die Stadt durch die eben gebaute Fernleitung von diesem Kraftwerk mit Wärme versorgt. Das wird zwei große Heizwerke in der Stadt selbst ersetzen. Noch nicht völlig geklärt sind die notwendigen Erdgasbezüge. Nicht nur die Stadt St. Petersburg lei-

det unter knappen Stromkapazitäten. Das Problem besteht im gesamten Nordwesten Russlands. Nach Angaben von Vertretern des Kraftwerkverbundes TKG-1 (Territorialnaja Generirujuschschija Kompanja; 50 Kraftwerke in den Regionen St. Petersburg/ Oblast Leningrad, Murmansk, Karelien und Kola) wächst der Verbrauch in der Region um 3% pro Jahr. Fachleute sind sich einig: Ohne zusätzliche Erzeugungskapazitäten wird die weitere wirtschaftliche Entwicklung St. Petersburgs leiden.

TKG-1 selbst (größte Aktionäre sind RAO UES und das finnische Unternehmen Fortum) will in den nächsten drei Jahren rd. 486 Mio USD für Modernisierung und Erweiterung ausgeben. Große Posten sind nach Angaben des Unternehmens Investitionen in die Wärmeleitungsnetze (rd. 92 Mio USD) und in das Heizkraftwerk Prawoberezhnaja TEZ-6 (111 Mio USD).  
W.L./NfA/26.4.2006

KONTAKT:

|                                                              |
|--------------------------------------------------------------|
| OAO TKG-1 (Territorialnaja Generirujuschschaja Kompanja - 1) |
| 191186 St. Petersburg /Russische Föderation                  |
| Marsowo Polje 1                                              |
| Tel.: 007/812/3 18 31 71, -3 18 36 06                        |
| Fax:-3 18 34 77                                              |
| E-Mail: office@upr.energo.ru                                 |
| Internet: www.tgk-1.ru                                       |

ARMENIEN / ENERGIE

EU fordert Stillegung von Kernkraftwerk

ERIWAN (Dow Jones)--Die Europäische Union hat ihr Interesse an einer Stillegung des armenischen Kernkraftwerkes bekräftigt. Entsprechend äußerte sich Hans Winkler, Staatssekretär im österreichischen Außenministerium, anlässlich des Besuchs einer von ihm geleiteten EU-Delegation in der armenischen Hauptstadt Eriwan, berichtete RIA Nowosti. In dem armeni-

schen Kernkraftwerk werden überholte Technologien verwendet, die dem Stand der Technik nicht mehr entsprechen, sagte er auf einer Pressekonferenz. Deshalb wünsche sich die Europäische Union die Stillegung des Kraftwerkes. Zugleich stellte Winkler fest, jedes Land sei berechtigt, diese Frage selbstständig zu entscheiden. Die EU sei an einer Diversifizierung der armenischen Energiewirtschaft interessiert und könnte dem Land bei der Entwicklung alternativer Energiequellen finanziell beistehen.  
NfA/26.4.2006

ALBANIEN / ENERGIE

ASG baut Kraftwerkskomplex

TIRANA (AP)--Das internationale Konsortium ASG Power wird ein Kraftwerk und eine Regasifizierungsanlage in Südalbanien errichten. Wie das Konsortium weiter mitteilte, hat der Auftrag einen Wert von 1,9 Mrd USD. Eine Absichtserklärung sei bereits im März mit der albanischen Regierung vereinbart worden. Das albanische Parlament wird dem Projekt vermutlich im Juni zustimmen. Das Projekt, das im Distrikt Fieri, 100 km südwestlich von Tirana umgesetzt wird, soll bis 2009 fertiggestellt werden.

Die geplante Regasifizierungsanlage hat eine Kapazität von 10 Mrd cbm jährlich, vorgesehen sind zum dem drei Gaskraftwerksblöcke von je 400 MW. Die Anlage deckt den gesamten albanischen Stromverbrauch ab. Von den geplanten 10 Mrd cbm Gas dürfte Albanien 2 Mrd für den Eigenverbrauch nutzen, die restliche 8 Mrd cbm sollen über eine Pipeline nach Italien geleitet werden. Laut eigenen Angaben hat das Konsortium bereits Vereinbarungen u.a mit ABB Ltd über die Einzelheiten des Projekts abgeschlossen. ASG Power, Lugano, besteht aus dem schweizerischen Versorger AET sowie Investoren.  
NfA/26.4.2006

TADSCHIKISTAN / ENERGIE

Weltbank soll Streit mit RusAl um Kraftwerksprojekt schlichten

Machbarkeitsstudie wird bis zum 15. Juni erstellt

DUSCHANBE (AP)--Die tadschikische Regierung und der führende russische Aluminiumproduzent RusAl wollen die Weltbank zur Schlichtung ihres Streits über ein größeres Kraftwerksprojekt in Tadschikistan um Rat bitten. Ein namentlich nicht genanntes unabhängiges Ingenieurunternehmen, das von der Weltbank ausgesucht werde, solle bis zum 15. Juni eine Machbarkeitsstudie zum Bau des Wasserkraftwerkes Rogun durchführen, teilten die tadschikische Regierung und RusAl in einer gemeinsamen Erklärung mit.

RusAl hatte sich im Jahr 2004 verpflichtet, über 1,0 Mrd USD in das Kraftwerk am Fluss Wachschi, 120 km östlich der Hauptstadt Duschanbe, zu investieren. Tadschikistan hatte lange einen Investor zur Fertigstellung der Anlage gesucht, die aufgrund eines fünfjährigen Bürgerkrieges Mitte der neunziger Jahre unterbrochen wurde.

Zwist um Art und Größe der Staumauer

Das Projekt war allerdings aufgrund von Unstimmigkeiten über die Art und Größe der zu errichtenden Staumauer ins Stocken geraten. Die tadschikische Regierung will an

dem ursprünglichen, aus Sowjetzeiten datierenden Projekt festhalten, das einen 335 m langen Erd- und Steinschütttdamm vorsieht. RusAl will indes eine 280 m lange Staumauer aus Beton errichten.

Unternehmen plädiert für billigere Version

RusAl zufolge kann die zweite Version billiger und schneller gebaut werden und entspricht dabei modernen Ingenieurs- und Sicherheitsstandards. Tadschikische Regierungsbeamte haben nicht öffentlich Position zu ihren Plänen bezogen. Nach Angaben von Wirtschaftswissenschaftlern ermöglicht

eine höhere Staumauer auch eine größere Stromerzeugung des Kraftwerks.

Eine anfängliche, von RusAl finanzierte Machbarkeitsstudie wurde von dem unabhängigen deutschen Ingenieurs- und Consultingunternehmen Lahmeyer International GmbH, Bad Vilbel, erstellt.

Mit dem Bau des Kraftwerkes Rogun könnte Tadschikistan seinen eigenen Energiebedarf decken und zusätzlich Strom in die Nachbarländer exportieren. Rogun wird nach Angaben des tadschikischen Energieministeriums nach seiner Fertigstellung eine Kapazität von 13,4 TWh pro Jahr haben.

Erste Baustufe soll 2009 abgeschlossen sein

Die erste Baufolge des Wasserkraftwerkes ist Ende 2009 in Betrieb zu nehmen. Entsprechend dem Projekt soll es 3,6 Mrd kWh im Jahr erzeugen.  
NfA/26.4.2006

# Ausländische Investoren gehen nur zögerlich in die Provinzen

Deutscher Mittelstand folgt Großkonzernen erst langsam / Von Claudia Wittwer

STUTTGART (Dow Jones)--Der deutsche Mittelstand erobert sich den chinesischen Markt erst langsam - nicht nur die Schlagzeilen, sondern auch das reale Geschäft wird nach wie vor von den „Großen“ dominiert. Das langsame Vortasten ins Reich der Mitte sei jedoch durchaus sinnvoll: „Ein Geschäftsaufbau in kleinen Schritten ist sicherlich die richtige Strategie“, rät Titus von dem Bongart, Leiter des German Desk bei PriceWaterhouseCoopers in China.

Am Anfang stelle sich sicherlich die Frage nach der Zielsetzung, sagt Volker Fitzner, Partner bei PwC und Leiter Advisory der China Group des Unternehmens: „Geht es darum, einen kostengünstigen Produktionsstandort zu finden, einen unentdeckten Zielmarkt zu eröffnen oder einen neuen Beschaffungsmarkt zu erschließen?“ Als Konsumgüterhersteller müsse in erster Linie die Präsenz der großen Handelsketten gewährleistet sein, als Produktionsunternehmen eine gute Lieferantstruktur im Umfeld. Für eine Standortanalyse solle man sich genügend Zeit lassen und dabei auch die zukünftige Entwicklungspolitik der Region berücksichtigen, erläutert Fitzner.

## In den Wirtschaftszentren häufen sich Engpässe aller Art

Nach wie vor sind Beijing, Shanghai, Guangzhou und das Perlflussdelta sowie Qingdao die klassischen Zentren ausländischer Investitionen, bestätigt Lars Anke vom Ostasien-Verein (OAV). Zum echten Problem entwickle sich dort

aber die Suche nach qualifiziertem Personal - Gehaltssteigerungen bis 10% jährlich schlagen hier zu Buche. Die Infrastruktur sei ohnehin ein Flaschenhals: „Die großen Häfen sind zum Teil überlastet und es kommt zu längeren Wartezeiten“, berichtet Anke. Die Kapazitätsengpässe Outbound bei Massengut seien dramatisch, die Preissteigerungen beim Containerverkehr erheblich. Die Logistikkosten im Inland betragen inzwischen 30% der Gesamtkosten (Industrielländer: 20%), die Schadensquote 5% (Industrielländer: insgesamt weniger als 1%).

Engpässe gebe es außerdem bei der Energieversorgung: Immer wieder werde gerade in Shanghai und im Süden der Strom abgeschaltet, sagt Anke. „Hier ist es hilfreich, sich im Vorfeld mit Vertretern der zuständigen Energiebehörde zusammenzusetzen und zumindest deren Planung in Erfahrung zu bringen.“ Dann könne man seine Produktionsplanung dementsprechend ausrichten und beispielsweise die arbeitsfreien auf die „stromfreien“ Tage legen.

„Go west“ heißt also die Devise, mit der die chinesische Regierung mehr Investoren nach Zentral- und Westchina locken möchte. Hier jedoch ist die Verkehrsinfrastruktur in teilweise sehr schlechtem Zustand. Dennoch haben sich auch im Zentrum und im Westen des Landes Regionen herausgebildet, die sich schneller entwickeln als andere: „Besonders die Provinz Sichuan mit ihren 150 Millionen Einwohnern wird an Attraktivität gewinnen, aber auch Metropolen wie Wuhan“, meint von dem Bongart.

## Standorte im Westen werden interessant

Zu einem Magneten könnte sich insbesondere die Megacity Chongqing mit ihren rund 30 Millionen Einwohnern entwickeln: „Durch den Drei-Schluchten-Staudamm kann der Jangtse-Fluss inzwischen mit großen Containerschiffen bis Chongqing befahren werden“. Ein weiterer Faktor spreche für die bevölkerungsreiche Binnenprovinz: „Sichuan ist seit der Mao-Zeit eine Region mit starker Präsenz von Rüstungsunternehmen“, berichtet Anke. „Dort finden Sie gut qualifizierte und gleichzeitig meist unterbezahlte Fachkräfte, die noch zu erträglichen Preisen für Ihr Unternehmen zu gewinnen sind.“

Die letztendliche Frage nach dem optimalen Standort müsse sich jedes

Unternehmen jedoch entsprechend der eigenen Ziele stellen, hält Anke fest: „Kunden- und Lieferantennähe sind die wichtigsten Aspekte für die Standortwahl.“

Empfehlenswert seien nach wie vor die Zonen - Sonderwirtschaftszonen, High-Tech-Development Zones und andere Modelle - für eine Ansiedelung. „Hier finden Sie eine entwickelte Infrastruktur und kompetente Beratung vor Ort vor.“ Eine vorsichtige Herangehensweise sei jedoch anzuraten bei den so genannten Lokalzonen: „Inzwischen hat jede Stadt bzw. jeder Ort eine solche Lokalzone, die in etwa unserem Gewerbegebiet entspricht.“ Hier sei unbedingt zu prüfen, ob diese Zone zentral genehmigt sei und die dort zugesagten Investitionserleichterungen auch verbrieft sind: „Andernfalls müssen Sie mit Steuernachforderungen rechnen“, warnt Anke. In Sonderzonen importierte gebrauchte Maschinen dürften übrigens maximal acht Jahre alt sein - „manche Zonen erlauben jedoch nur drei Jahre“, erläutert Anke. Hier gelte es, sich unbedingt im Vorfeld kundig zu machen, denn: „Die Einbringungsfristen von Sacheinlagen sind mitunter ziemlich kurz - und die Lagerkosten beim Zoll sind nicht zu vernachlässigen.“

Insgesamt jedoch haben sich die Möglichkeiten für ausländische Investoren deutlich verbessert. So wurde im Zuge des WTO-Beitritts

Chinas der Handels- und Vertriebssektor für ausländische Unternehmen geöffnet. Ausländische Unternehmen können jetzt eigene Gesellschaften gründen, die Güter nach China importieren und dort vertreiben.

## Mehr Möglichkeiten für eigenen Vertrieb

Auch für bisher reine Produktionsunternehmen sei eine Erweiterung der Geschäftstätigkeit in Richtung Vertrieb und Handel möglich, sagt von Bongart. „Dabei gilt aber: Wenn mehr als 50% des Umsatzes mit Handelsaktivitäten gemacht wird, verlieren diese Unternehmen ihre steuerlichen Vorzüge“. Dennoch sei die Öffnung Chinas für Handels- und Vertriebsaktivitäten ausländischer Unternehmen ein wesentlicher Schritt, sagt von Bongart - der sich aber, wie bei den meisten rechtlichen Entwicklungen, nur langsam und auch regional in unterschiedlichem Tempo vollzieht. „Wo tarifffreie Hindernisse fallen, entstehen meist nicht-tarifffreie Hemmnisse“, weiß Verena Rothmaier, Abteilungsleiterin International Customers & Offices bei der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), „und sei es nur, dass gerade die benötigten Formulare zur Antragstellung bei der Behörde nicht zur Hand sind.“

wit/NfA/26.4.2006

# Finanzierung von Investitionen bleibt kompliziert

Ausländische Banken können sich weiterhin nur in engem Rahmen bewegen

STUTTGART (Dow Jones)--Der Trend zur wirtschaftlichen Liberalisierung in China ist unverkennbar, bei Banken und Finanzierung hält er sich jedoch noch in Grenzen. „China hat nach wie vor eine Devisenbewirtschaftung, und die State Administration for Foreign Exchange (SAFE) kontrolliert im Gegensatz zu früher auch den Zufluss von Devisen ins Land und nicht mehr nur die Ausfuhr“, fasst Verena Rothmaier, Abteilungsleiterin International Customers & Offices bei der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), zusammen.

Seit rund einem Jahr habe sich China von seiner vorher recht strengen Dollar-Bindung gelöst und orientiere sich auf Basis eines Währungskorbs auch an anderen Währungen, darunter dem Euro: „Die Volatilität des Renminbi hat sich dadurch erhöht, und das wiederum verstärkt den Wunsch vieler Investoren nach Währungsabsicherungen“, sagt Rothmaier. Ausländische Banken verfügten bei den Zinsen für Kredite nach wie vor über einen eingeschränkten Spielraum, und die Struktur von Bankkonten sei vorgegeben: „Damit sollen die Zu- und Abflüsse besser kontrolliert werden“, erläutert Rothmaier.

Die Finanzierung von ausländischen Unternehmen in China ist stark von der Höhe der Investition abhängig. Erwünscht von chinesischer Seite ist eine hohe Eigenka-

pitalquote: „Bei einer Summe unter 3 Mio USD muss der Anteil des Eigenkapitals bei mindestens 70% liegen“, erläutert Rothmaier. Dieser Anteil sinkt dann schrittweise auf ein Minimum von 33,3% bei einer Investitionssumme über 30 Mio USD.

## Lange und umständliche Genehmigungen einkalkulieren

„Die Gesamtinvestitionssumme sollte man sich immer perspektivisch genehmigen lassen, also die Entwicklung der Folgejahre mit einkalkulieren“, erläutert Rothmaier. Der Grund liegt darin, dass Kapitalerhöhungen zeitintensiv sind, sich schwierig gestalten und nicht immer genehmigt werden. Insgesamt braucht der Investor einen langen Atem: „Gründung, Kapitalre-

gistrierung und Einzahlung dauern sehr lange“, weiß Rothmaier. Der Zeitraum kann zwischen drei und sechs Monaten, gelegentlich auch mehr betragen. Ansonsten gelten in Bezug auf das Eigenkapital zwei Grundsätze: „Es muss aus dem Ausland kommen, und muss grundsätzlich Eigentum des Investors sein“, betont Rothmaier. Absolut tabu ist eine Finanzierung in China unter Besicherung in China.

Beim Fremdkapital muss der Investor die Quote laufend beachten. Darin werden einbezogen: Gesellschafterdarlehen, (Bank)kredite in Fremdwährung und Kreditsicherungsgarantien in Fremdwährung. „Nicht einbezogen sind Kredite in Renminbi, die lokale besichert sind, z.B. Hypothekendarlehen“, erläutert Rothmaier. Investoren rät sie: „Achten Sie auf die laufende Einhaltung der Fremdkapitalquote.“

Gesellschafterdarlehen können nur in Fremdwährung abgeschlossen werden. Wie bei Bankkrediten muss auch dieser Kredit bei den Devisenbehörden registriert werden, um später von diesen die notwendigen Genehmigungen für Rück- und Zinszahlungen zu erhal-

ten. Bankkredite in Fremdwährung können auch nur in Fremdwährung verwendet werden, beispielsweise zum Kauf von Anlagen im Ausland. Bankkredite in lokaler Währung werden sowohl von chinesischen wie auch von ausländischen Banken gewährt, die sich jedoch alle durch ein risikoscheues Verhalten auszeichneten und meist Sicherheiten verlangten. „Blankokredite erhalten in der Regel nur große, langfristig im chinesischen Markt etablierte Firmen“, weiß Rothmaier.

## Standortwahl auch für Kredit-Absicherung wichtig

Die Absicherung von Bankkrediten sollte man im Grunde schon bei der Standortwahl im Hinterkopf haben: „Bei der Ansiedelung in einer Zone sollten die Landnutzungsrechte beleihbar sein, und das ist auch nachzuprüfen“, betont Rothmaier. Bei lokalen Sonderzonen sei das nicht immer der Fall.

Als weitere Finanzierungsmöglichkeiten für Investoren in China sind Lieferantverbindlichkeiten, das Intercompany Loan und Leasing zu nennen. „Gerade letztere Varian-

te hatte allerdings einen schwierigen Start im chinesischen Markt“, berichtet Rothmaier. Beim Intercompany Loan leihen sich Unternehmen gegenseitig Kapital, allerdings laufen auch diese Geschäfte nicht direkt, sondern auch über Banken.

Die schrittweise Liberalisierung des chinesischen Banken- und Finanzsystems wird seitens der ausländischen Banken seit Jahren von großen Hoffnungen auf eine Teilnahme am Markt begleitet. Inzwischen sind 25 Städte in China für ein Engagement ausländischer Banken geöffnet, und seit dem Jahr 2004 sind auch Geschäfte mit Unternehmen in Inlandswährung genehmigt. „Die Anpassung an die WTO-Vorschriften vollzieht sich sehr langsam“, fasst Rothmaier zusammen. Der chinesische Schutzwall sollte jedoch - zumindest in der Theorie - bald geknackt werden: Bis zum kommenden Jahr müssen nicht nur die geographischen Beschränkungen wegfallen, sondern auch bisher verschlossene Geschäftsbereiche für ausländische Banken geöffnet werden.

wit/NfA/26.4.2006

PHILIPPINEN / FAHRZEUGE

# Kfz-Sektor hofft auf weniger politische Hindernisse

Neue Vorsteuerregelung gefordert / Zollsenkung mit Japan diskutiert / Von Oliver Höflinger

MANILA (Dow Jones/bfai)--Die Begrenzung des Vorsteuerabzugs, das rechtliche Tauziehen um die Gebrauchtfahrzeugimporte sowie die möglichen Folgen des japanisch-philippinischen Partnerschaftsabkommens bereiten der Fahrzeugindustrie des Landes 2006 nach Aussagen des Branchenverbandes CAMPI in Manila noch Kopfzerbrechen. Positiv zu Buche schlagen dagegen die Flexibilisierung des Exportprogrammes sowie die staatliche Förderung der Produktion von umweltschonenden Fahrzeugen. Insgesamt gibt sich CAMPI für die nähere Zukunft optimistisch.

Eines der größten Probleme für die Fahrzeugindustrie und die Autohändler im Jahr 2006 stellen nach Aussagen von Elizabeth H. Lee, Generaldirektorin der Chamber of Automotive Manufacturers of the Philippines, Inc. (CAMPI), diejenigen Bestandteile des neuen Mehrwertsteuergesetzes (Republic Act 9337) dar, die sich auf die Vorsteuer beziehen. Diese ist natürlich auch weiterhin grundsätzlich anrechenbar. Falls sie jedoch einschließlich eines Übertrages aus der Vorperiode die vereinnahmte Mehrwertsteuer übersteigt, so können nun nur noch 70% der Vorsteuer gegenüber dem Finanzamt geltend gemacht werden.

## Gebrauchtfahrzeuge dürfen nicht eingeführt werden

Da lt. Lee die Margen in der Fahrzeugindustrie relativ geringer ausfallen und gleichzeitig der Umsatz stark schwanken kann, sei die Branche besonders stark von den neuen Regeln betroffen. CAMPI und zahlreiche Wirtschaftsorganisationen - darunter die Philippine Chamber of Commerce (PCCI) - setzen sich deshalb für die sofortige Abschaffung der 70%-Obergrenze ein. Auch

die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben sich der Forderung angeschlossen.

Eindeutig begrüßt wird von CAMPI die Entscheidung des höchsten Gerichtshofs der Philippinen von Mitte Februar 2006 in Bezug auf Gebrauchtfahrzeuge. Das Urteil bestätigte das Einfuhrverbot für die gesamten Philippinen mit Ausnahme der Subic Bay Freeport Zone. Dort ist der Import rechtmäßig, allerdings dürfen die Fahrzeuge dann nur im Freihafen gelagert, betrieben, gehandelt oder wieder exportiert werden. Nach Lesart von CAMPI ist eine Einfuhr in das philippinische Zollgebiet damit nicht möglich, auch nicht nach Entrichtung von Zoll und Steuern. Gleichzeitig sieht der Branchenverband das neue Urteil als Ansporn für die Regierung an, die lokale Fahrzeugindustrie weiter auszubauen.

Deren im regionalen Vergleich unterdurchschnittliche Entwicklung wird v.a. auf den Anstieg der Gebrauchtfahrzeugeinfuhr zurückgeführt. So lag der Absatz von Neuwagen in den letzten Jahren weit unter dem Niveau von vor der Asienkrise, als z.B. 1996 etwa 162.000 Neufahrzeuge verkauft wurden. Gleichzeitig wird die Produktions-

kapazität, die nach Einschätzung von Branchenkennern bei 230.000 Fahrzeugen liegt, nicht einmal zur Hälfte genutzt. Auch im Hinblick auf Sicherheits- und Umweltschutzaspekte bereiten die importierten Gebrauchtfahrzeuge nach Aussagen von Lee Probleme. Häufig handelt es sich dabei um Kfz mit Rechtssteuerung, die dann in Hinterhofwerkstätten mehr schlecht als recht umgerüstet werden; viele haben darüber hinaus die sinnvolle Nutzungsdauer bereits überschritten, was sich besonders bei den Schadstoffemissionen bemerkbar macht.

Um mehr Flexibilität zu ermöglichen und um die Teilnehmerzahl des Automotive Export Program (AEP) zu erhöhen, hat das Board of Investments (BOI) Anfang 2006 die Implementing Rules and Regulations (IRR) verbessert. Die Teilnehmer können sich nun für mehrere Kategorien registrieren und ihre gesamten Exportvorgaben durch kombinierte Teilergebnisse erfüllen; seither waren sie auf lediglich eine Kategorie beschränkt. Darüber hinaus können sie die Mindestanforderungen entweder wert- oder mengenmäßig abdecken.

## Zollbefreiung für Komponentenimport

Bisher nimmt zwar nur die Ford Motor Company Phils. Inc. am AEP teil, die Erfahrungen sind jedoch insgesamt so gut, dass der US-Hersteller seine Produktion weiter ausbaut. Die Philippinen sind dabei neben Taiwan und der VR China

einer von nur drei asiatischen Standorten von Fertigungszentren für den Ford Focus. Bereits Ende 2005 hat Ford die gesamte Produktionskapazität im Werk in Laguna auf 36.000 Fahrzeuge verdoppelt; darüber hinaus entsteht dort mit Investitionen von 1,1 Mrd Philippinischen Pesos (PHP; rd. 18 Mio EUR; 1 EUR = 62 PHP) eine Fabrik für Flexible-Fuel-Motoren. Auch über den Bau von Flexible-Fuel-Vehicles (FVV) wird nun nachgedacht, nicht zuletzt weil die philippinische Regierung 2005 begonnen hat, die Fertigung von kraftstoffsparenden und umweltschonenden Fahrzeugen zu unterstützen. Seit Anfang 2006 sind beispielsweise die Importe von Komponenten und Teilen zur Fertigung von Hybrid-, Elektro-, Flexible-Fuel- und Druck-Ergasfahrzeugen zollfrei.

## Wirtschaftsabkommen mit Japan im Juli erwartet

Die Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen zwischen den Philippinen und Japan (Japan-Philippines Economic Partnership Agreement; JPEPA), von dem auch der Kfz- und Kfz-Teilemarkt stark betroffen wären, ziehen sich weiter hin; mittlerweile wird über einen Abschluss im Juli 2006 spekuliert. Einer der Punkte über die heftig diskutiert wird, ist lt. Lee der Zeitrahmen für die Zollabsenkung. Pesimisten befürchten bei zu schnellem Vorgehen das Ende der Fahrzeugfertigung und eine reine Belieferung mit Importen v.a. aus Japan. Deshalb fordern sie vorab eine

Selbstverpflichtung der japanischen Hersteller zur Fortführung der Produktion. Geprüft wird nun eine Variante, bei der die Zollsätze auf Kfz mit einem Hubraum von unter drei Litern 2006 um 1% sinken und von 2007 bis 2009 um jeweils 3%. Bei größeren Kfz würde der Zollsatz von derzeit 30% bis 2009 weiterbestehen.

Ob die Zölle dann 2010 wie ursprünglich vorgesehen ganz wegfallen, soll nach Ansicht der philippinischen Seite 2009 im Rahmen von Verhandlungen geklärt werden. Grundsätzlich orientiert sie sich bei ihren Forderungen am Inhalt des japanisch-thailändischen Abkommens. Insgesamt ist Lee optimistisch, was die Zukunft der Fahrzeugfertigung in den Philippinen anbelangt - auch nach dem Abschluss des JPEPA. Zum einen würden die japanischen Hersteller kaum alle ihre Eier - sprich regionale Fertigungsstätten - in einen Korb legen, zum anderen seien die Qualitäten des Standortes Philippinen ansprechend.

O.H./NfA/26.4.2006

| KONTAKT:                                                             |
|----------------------------------------------------------------------|
| Chamber of Automotive Manufacturers of the Philippines, Inc. (CAMPI) |
| Elizabeth H. Lee (President)                                         |
| 2232 Don Chino Roces Avenue                                          |
| Makati City, 1200                                                    |
| Tel.: 00632/8 10 01 51 - 306                                         |
| Fax: -8 40 47 01                                                     |
| E-Mail: ehl@nissanecenter.com                                        |

MALAYSIA / INVESTITIONEN

# Unternehmen entdecken Auslandsinvestitionen

Nutzung von Freihandelsabkommen ein Motiv / Von Günther Zell

KUALA LUMPUR (Dow Jones/bfai)--Für malaysische Unternehmen werden grenzüberschreitende Investitionen immer wichtiger. Ein Grund dafür ist, dass das Land in arbeitsintensiven Industrien und solchen mit geringer Wertschöpfung von den Kosten her inzwischen nicht mehr länger wettbewerbsfähig ist. Gleichzeitig geht es aber auch darum, angesichts reifender lokaler Märkte und wachsender Inlands konkurrenz neue Absatzmärkte zu erschließen und neue Technologien zu erwerben. Dabei hat Malaysia sowohl Entwicklungsländer als auch entwickelte Industriestaaten im Auge.

Ein weiteres Motiv ist darin zu sehen, dass Malaysia den Nutzen aus der wachsenden Zahl regionaler Abkommen und bilateraler Freihandelsverträge ziehen sowie dem zu beobachtenden globalen Trend zum Outsourcing Rechnung tragen möchte. Die Regierung in Kuala Lumpur verspricht sich vom Rückfluss der Gewinne aus den getätigten Auslandsinvestitionen eine Stärkung der Zahlungsbilanz.

Die Zentralbank (Bank Negara Malaysia) beziffert die direkten Auslandsinvestitionen malaysischer Unternehmen für 2005 mit 12,9 Mrd Malaysischen Ringgit (MYR;

rd. 2,9 Mrd EUR; 1 EUR = 4,40 MYR). Für 2004 nennt die Notenbank einen Betrag von 7,8 Mrd MYR. Die Planungsabteilung von Ministerpräsident Abdullah Badawi gibt für 2005 einen Wert der Auslandsinvestitionen von 11,4 Mrd MYR an. Die wichtigsten Zielländer waren die Asean-Staaten, wohin ungefähr die Hälfte der Direktinvestitionen floss. Andere Ziele waren u.a. VR China, USA und Hongkong, SVR. Auch die Länder des Mittleren Ostens und afrikanische Staaten rücken vermehrt ins Blickfeld des Interesses. Branchenmäßig hat das Investitionsengagement

der malaysischen Firmen im Ausland zusehends an Breite gewonnen. Heute operieren die Unternehmen in Bereichen wie Erdölindustrie, Holzgewinnung, Bauwirtschaft, Hotelwesen, Verarbeitungsindustrie, Telekom und einer Reihe anderer Dienstleistungsbranche wie Transportwesen, Immobilien, Banken und Finanzen. Nach Angaben der staatlichen Investitionsagentur MIDA (Malaysian Industrial Development Authority) flossen noch in den Jahren 1999 bis 2004 etwa 80% der malaysischen Auslandsinvestitionen in die Sektoren Öl und Gas sowie Dienstleistungen.

## Kapitalbeteiligung im Dienstleistungssektor häufig

Viele Investitionen im Dienstleistungssektor erfolgen lt. Zentralbank durch Kapitalbeteiligungen einiger großer malaysischen Unternehmen an ausländischen Unternehmen. Das gilt beispielsweise

für die Übernahme eines indonesischen Mobilfunkbetreibers oder den Erwerb einer Reederei in Singapur. Zugleich jedoch wagten es zahlreiche kleine und mittelgroße Betriebe, sich im Ausland mit Kapital zu binden, sei es, weil sie die dortigen niedrigeren Lohnkosten zu nutzen gedachten, sich den Zugang zu Rohstoffen verschaffen oder einen neuen Markt erschließen wollten.

In der nach wie vor bedeutsamen Öl- und Gaswirtschaft setzte der mächtigste „Player“, das malaysische Unternehmen Petronas, seine Politik fort, mit verschiedenen ausländischen Ölgesellschaften Joint Ventures zur Exploration und Ausbeutung von Rohstoffvorkommen einzugehen, wobei Petronas auch Kapital zur Verfügung stellte. In der Verarbeitungsindustrie waren es nicht zuletzt Unternehmen der Halbleiterindustrie und andere Hersteller elektronischer Komponenten, ferner Betriebe der Schiffs- und Schiffsreparaturindustrie, die im Aus-

land investierten. Für einige große Unternehmen der Möbelindustrie sowie andere Sparten der Holz verarbeitenden Industrie war die Aussicht auf günstigere Produktionskosten ausschlaggebender Beweggrund, ins Ausland zu gehen. Gleiches war bei etlichen Herstellern von Grundmetallen der Fall. Nach ihren Erfolgen im Wettbewerb um Aufträge aus dem Ausland - meist im Infrastrukturbereich (Straßen etc.) - haben malaysische Bauunternehmen 2005 erneut kräftig im Ausland investiert. Gemäß Bank Negara konnten die Firmen, die grenzüberschreitende Investitionen getätigt hatten, aus diesen Investitionen insgesamt Gewinne und Dividenden von 4,1 Mrd MYR erwirtschaften.

## Regierung unterstützt Auslandsengagement

Die Regierung ist entschlossen, die ausländischen Investitionen malaysischer Unternehmen während der Zeit des neuen 9. Malaysia-Plans (2006 bis 2010) weiter zu unterstützen. Zu diesem Zweck hat sie innerhalb von MIDA eine spezielle Abteilung eingerichtet, die die Förderung koordinieren soll (Border Investment Division).

G.Z./NfA/26.4.2006

WESTEUROPA

EUROPA / ENERGIE

EU kündigt Initiativen im Energiesektor an

Kroes will für mehr Wettbewerb sorgen / Von Ali Ulucay

BRÜSSEL (Dow Jones)--Die Europäische Kommission will noch in diesem Jahr mehrere Maßnahmen bzw Gesetzesinitiativen für mehr Wettbewerb insbesondere im Energiebereich sowie zur Vereinfachung der staatlichen Beihilferegeln starten. Wie EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes am Dienstag in Brüssel weiter mitteilte, soll die sektorale Untersuchung des europäischen Energiemarktes mit einem Bericht zum Jahresende abgeschlossen werden.

Kroes warnte aber, „wir werden bis dahin nicht inaktiv sein“. Die Kommission werde schon vorher zur Tat schreiten, wenn genügend Beweise vorlägen, dass „bestimmte Unternehmen den Wettbewerb beschränken“.

Im Februar hatte die EU-Kommissarin in ihrem Zwischenbericht festgestellt, dass der Wettbewerb im Strom- und Gassektor noch erhebliche Defizite aufweist. Kroes beanstandete vor allem die hohe Marktkonzentration, die mangelnde Integration nationaler Energiemärkte, fehlende Transparenz und ein generelles Misstrauen gegenüber der Preisfestsetzung. „Mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten wird zu höherer Effizienz und verbesserter Versorgungssicherheit beitragen“, erklärte Kroes. Transparenz sei notwendig, um das Vertrauen in die Branche zu festigen. Nur auf diese Weise könnten die für die nächsten Jahrzehnte erforderlichen

„massiven Infrastrukturinvestitionen“ getätigt werden.

Die Wettbewerbskommissarin warnte gleichzeitig die EU-Regierungen davor, grenzüberschreitende Fusionsvorhaben großer Energiekonzerne zu blockieren. Die Kommission sei besorgt über den Trend in einigen Mitgliedsstaaten, sich in Fusionen einzumischen.

Im Rahmen ihres Beihilfe-Aktionsplans 2005 bis 2009 will die EU-Behörde bis Herbst eine neue Rahmenregelung für Beihilfen im Forschungs- und Entwicklungsbereich (FuE) vorschlagen. Dabei sollen auch die Regeln für Neugründungen und Risikokapital überarbeitet werden. Ziel sei es, Innovationen und Unternehmensgründungen zu fördern. „Von diesen Reformen werden insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen profitieren“, sagte Kroes. *aul/NfA/26.4.2006*

EUROPA / AUSSENHANDEL

Leistungsbilanzdefizit steigt im Februar

Handelsbilanz bleibt mit 0,5 Mrd EUR im Plus

FRANKFURT (Dow Jones)--Das Leistungsbilanzdefizit der Eurozone ist im Februar des laufenden Jahres saisonbereinigt auf 5,6 Mrd EUR gewachsen. Im Januar hatte sich der Passivsaldo noch auf 0,7 Mrd EUR belaufen. Wie die Europäische Zentralbank (EZB) am Dienstag weiter berichtete, stellte sich der Überschuss in der wichtigsten Teilbilanz, der Handelsbilanz, wie bereits im Vormonat auf 0,5 Mrd EUR.

Auf nicht saisonbereinigter Basis wies die EZB für den Februar ein Leistungsbilanzdefizit von 1,8 (Januar: minus 9,7) Mrd EUR aus, für die Handelsbilanz ergab sich ein Defizit von 0,3 (minus 6,4) Mrd EUR. Im Weiteren wurde im Februar saisonbereinigt ein Überschuss bei den Dienstleistungen von 2,6 (2,5) Mrd EUR verzeichnet, bei den Einkommen ein Defizit von 2,7 (minus 0,1) Mrd EUR und bei laufenden Übertragungen ein Minus von 6,0 (minus 3,7) Mrd EUR.

Für den Güterhandel wies die EZB einen Anstieg der Exporte des Euroraums auf saisonbereinigt 111,8 (108,9) Mrd EUR aus, die Importe nahmen auf 111,3 (108,4) Mrd EUR zu. Für den Zwölfmonatszeitraum bis Februar 2006 ergab sich den weiteren Angaben zufolge ein kumuliertes Leistungsbilanzdefizit für den Euroraum von

33,3 Mrd EUR, dies sind rund 0,4% des aggregierten Bruttoinlandsprodukts des gemeinsamen Währungsraums. Im Vergleichszeitraum bis Februar 2005 hatte sich noch ein Überschuss von kumuliert 43,7 Mrd EUR ergeben.

Im Rahmen der Kapitalbilanz ergab sich laut EZB im Februar bei den Direktinvestitionen und Wertpapieranlagen zusammengekommen ein Nettokapitalabfluss von 6,1 (32,2) Mrd EUR. Dahinter standen Nettokapitalabflüsse bei den Direktinvestitionen in Höhe von 25,9 Mrd EUR und Nettokapitalzuflüsse bei den Wertpapieranlagen über 19,8 Mrd EUR.

Die Währungsreserven nahmen laut EZB um 2,0 Mrd EUR ab. Damit belief sich der vom Eurosystem gehaltene Bestand an Währungsreserven Ende Februar auf 332 Mrd EUR. *12/NfA/26.4.2006*

| Handelsbilanz ausgewählter EU-Mitgliedstaaten (in Mrd EUR) |        |        |
|------------------------------------------------------------|--------|--------|
|                                                            | Januar | Januar |
|                                                            | 2006   | 2005   |
| AT                                                         | -0,2   | -0,1   |
| BE                                                         | -0,1   | -0,1   |
| DE                                                         | +12,2  | +13,2  |
| ES                                                         | -6,5   | -5,2   |
| FI                                                         | +0,4   | +0,6   |
| FR                                                         | -4,5   | -2,6   |
| GR                                                         | -2,4   | -2,3   |
| IE                                                         | +2,6   | +2,3   |
| IT                                                         | -4,1   | -2,3   |
| LU                                                         | -0,2   | -0,2   |
| NL                                                         | +2,2   | +2,8   |
| PT                                                         | -1,4   | -1,3   |
| CZ                                                         | +0,5   | +0,4   |
| DK                                                         | 0,0    | +0,4   |
| GB                                                         | -9,6   | -9,1   |
| HU                                                         | -0,2   | -0,1   |
| PL                                                         | -0,3   | -0,4   |
| SE                                                         | +1,6   | +1,1   |
| - nicht saisonbereinigte Daten                             |        |        |
| - Quelle Daten: Eurostat                                   |        |        |

Als einer der größten News-Lieferanten weltweit bietet Dow Jones News auch für die Außenwirtschaft professionell aufbereitete Publikationen mit langjähriger Tradition!

Die Dow Jones Publikationen bieten Ihnen das richtige Handwerkszeug für Ihr erfolgreiches Außenhandels-geschäft. Erfahrene Redakteure beobachten die Welt-Märkte kontinuierlich und berichten über wichtige Entwicklungen und Nachrichten aus den unterschiedlichsten Ländern und Regionen.

# Außenwirtschafts-News

## für Global Player

- **Nachrichten für Außenhandel**  
Die einzige deutschsprachige Tageszeitung für die gesamte Außenwirtschaft liefert durch Charts und Grafiken gestützte Nachrichten, Analysen und Hintergründe zum wirtschaftlichen Geschehen in den für die Außenwirtschaft wichtigen Ländern und Märkten der Welt zu verschiedensten Branchen und Themen
- **Dow Jones Märkte der Welt**  
Der wöchentliche Newsletter liefert Zusammenfassungen und Hintergrundanalysen der wichtigsten Nachrichten zur Außenwirtschaft sowie Informationen zu Auslandsaktivitäten deutscher Unternehmen unterschiedlichster Branchen

www.djnewsletters.de

Überzeugen Sie sich selbst von der Qualität unserer Berichterstattung!  
Gerne können Sie unsere Publikationen kostenlos testen.  
Kontakt unter sales-bnl@dowjones.com oder Telefon +49 (0) 69 / 297 25 - 1 61.

**DOW JONES**

EUROPA / FAHRZEUGE

VW baut Polo-Produktion im Ausland aus

HAMBURG (Dow Jones)--Die Volkswagen AG will weitere Produktionskapazitäten für den Kleinwagen Polo im Ausland aufbauen. Ein VW-Sprecher sagte Dow Jones Newswires, es gebe einen entsprechenden Vorstandsbeschluss. Er bestätigte damit entsprechende Angaben der Zeitung „Handelsblatt“. Unter anderem werde dafür auch der Standort Bratislava

geprüft. Der VW-Sprecher wollte sich allerdings nicht zu der Frage äußern, ob der Vorstandsbeschluss im Zusammenhang mit aktuellen Tarifauseinandersetzungen im spanischen VW-Werk Navarra steht, wo der Polo ebenfalls gefertigt wird. Der Konzern fordert von den 4.300 Beschäftigten in Navarra Zugeständnisse. Das „Handelsblatt“ berichtete vorab, VW-Markenvorstand Wolfgang Bernhard mache seine Drohung wahr und verlagere Teile der Polo-Produktion aus Spanien nach Osteuropa. *mbr/NfA/26.4.2006*

EUROPA / INFRASTRUK.

Autobahnbetreiber Abertis und Autostrade vor Fusion

MADRID (Dow Jones)--Die spanische Abertis Infraestructuras und der italienische Autobahnbetreiber Autostrade wollen fusionierend, teilen beiden Unternehmen mit. Der Zusammenschluss soll den größten Autobahnkonzern Europas mit einem Marktwert von rund 24 Mrd EUR und einem Jahresumsatz von mehr als 6 Mrd EUR schaffen. Die Transaktion soll im vierten Quartal zum Abschluss kommen.

men. Neuer CEO soll der derzeitige CEO der Abertis, Salvador Alemany, sein. Als Hauptsitz sei Barcelona gewählt worden.

Die Finanzholding der Benetton SpA, Schema 28, werde mit einem Anteil von 24,9% der größte Aktionär des fusionierten Unternehmens sein, hieß es weiter in Pressemitteilungen der beiden Autobahnbetreiber. Schema 28 halte bereits einen Anteil von 51% an Autostrade. Die Hauptaktionäre der Abertis, La Caixa und Activadas Construcción y Servicios SA, würden gemeinsam 24,2% an dem Konglomerat halten. *NfA/26.4.2006*

EUROPA / KONJUNKTUR

EuroCOIN-Indikator sinkt im März auf 0,536

LONDON (Dow Jones)--Die Wachstumsdynamik in der Eurozone hat sich nach dem Indikator eines renommierten europäischen For-

schungsinstituts im März etwas verringert. Der EuroCOIN-Indikator des Center for Economic Policy Research (CEPR) ging auf 0,536 zurück. Insgesamt zeigten die Daten aber eine stabile Expansion, hieß es. Für den Vormonat wurde ein revidierter Stand von 0,538 ausgewiesen. *NfA/26.4.2006*

BRASILILIEN / ELEKTRO

Importe von Elektrotechnik steigen zweistellig

Auch Investitionen legen deutlich zu / Hohe Nachfrage nach Halbleitern / Von Alexander Hirschle

SAO PAULO (Dow Jones/bfai)--Die brasilianische Elektronik- und Elektrotechnikbranche wird 2006 ein starkes Wachstum aufweisen. Der Fachverband Abinee (Associação Brasileira da Indústria Elétrica e Eletrônica) prognostiziert eine Erhöhung der Umsätze von nominal 16 und real 9% für den Sektor. Diese Werte liegen deutlich über der für 2006 anvisierten BIP-Steigerungsrate von 3,5 bis 4%. Insgesamt sollen die Branchenfirmen 2006 ein Absatzvolumen von 107,8 Mrd Real (BRL; 1 BRL = ca. 0,38 EUR) erreichen.

Auch die Investitionen des Sektors werden sich deutlich um 16% auf 3,2 Mrd BRL erhöhen. Die Exporte von elektrotechnischen und elektronischen Erzeugnissen sollen um 4% auf 8,2 Mrd USD, die Importe sogar um 22% auf 18,5 Mrd USD zulegen. Bereits 2005 konnten die Einfuhren um 19% auf 15,1 Mrd USD ausgedehnt werden, wobei die Sparte Haushaltsgeräte mit einem Anstieg von 48% auf 835 Mio USD den deutlichsten Sprung machte.

Energietechnik hat die besten Perspektiven

Darüber hinaus wiesen die Auslandslieferungen von Informatikerzeugnissen mit 31% und Komponenten mit 23% ein überdurchschnittliches Wachstum auf. Schwach schnitten hingegen die Einfuhren von Energieausrüstungen (-1%), Installationsmaterialien (-3%) und Industrieautomatisierung (-5%) ab. Mit 2,9 Mrd USD war 2005 die Sparte Halbleiter das mit Abstand am häufigsten importierte Produkt des Sektors, gefolgt von Telekommunikations- (1,7 Mrd USD) und Informatikkomponenten (1,6 Mrd USD).

Die besten Wachstumsperspektiven werden 2006 dem Energiesektor zugeschrieben, dem eine Steigerung von 27% prognostiziert wird. Die Verkäufe im Erzeugerbereich dürften nach Ansicht des Fachverbandes bereits im 1. Halbjahr diesen Jahres von den 2005 durchgeführten

Versteigerungen neuer Energie profitieren, die zu steigenden Auftragseingängen führen sollen. Darüber hinaus geht Abinee von einem anhaltend hohen Investitionsniveau in den Segmenten Transmission und Distribution aus, das von den erfolgreichen Versteigerungen im Übertragungsbereich und dem Sozialprogramm „Luz para Todos“ (Licht für alle) weiter angekurbelt

auf insgesamt 92,8 Mrd BRL. Mit einem Umsatzwachstum von nominal 18% soll 2006 der Informatikbereich aufwarten. Dieser wird dabei von staatlichen Initiativen profitieren, die eine breitere Nutzung von Computern vor allem in weniger kaufkräftigen Bevölkerungsschichten unterstützen. Darüber hinaus scheint auch die Bekämpfung des Verkaufs illegal bzw. „schwarz“ produzierter Geräte in Brasilien immer besser zu greifen, was wiederum den Absatz auf dem regulären Markt ankurbeln dürfte. Bereits 2005 konnten Informatikprodukte eine Umsatzerhöhung von nominal 18% verbuchen.

Als weiterer Wachstumsträger gilt der Telekommunikationsbe-

mäßig um satte 227% auf 2,4 Mrd USD. Im laufenden Jahr dürften die Ausfuhren aufgrund des starken Real nicht mehr so enorm zulegen und im Binnenmarkt sollte langsam aber sicher eine Sättigungsgrenze bei den Neukunden erreicht sein. Doch der Ersatz veralteter Handys durch neue, mit ansprechenderem Design und umfangreicheren Funktionalitäten ausgestatteter Geräte wird voraussichtlich weitere Impulse liefern und dem Segment Telekommunikation letztlich wieder ein starkes Wachstum von nominal 16% bescheren.

Umsätze bei Industrieautomatik ziehen an

Im Bereich Industrieautomatisierung zogen die Umsätze im 2. Halbjahr 2005 an, wobei vor allem die Nachfrage aus den Bereichen Stahl, Erdöl, Petrochemie, Zucker und Ethanol sowie Papier und Zellstoff mit ihren zunehmenden Engagements eine wichtige Rolle spielte. Diese Entwicklung dürfte sich auch 2006 fortsetzen, weshalb das Segment mit einem Plus von 20% rechnet. Bei Industrieausrüstungen hingegen zeigten der starke Real und die Zinspolitik der brasilianischen Regierung ab dem 3. Quartal 2005 in Form nachlassender Auftragseingänge ihre Wirkung.

Die positiven Aussichten des brasilianischen Markts für Elektrotechnik wurde zuletzt durch die Pressemeldung unterstrichen, dass die deutsche Firma Moeller Electric drei Jahre nach Schließung ihrer zwei Fabriken wieder nach Brasilien zurückkehren wird. Der Hersteller von elektrischen Komponenten für den Energiebereich sieht in diesem Markt ein großes Wachstumspotenzial und will innerhalb von drei Jahren seine Umsätze verdreifachen.

Darüber hinaus soll die Fabrik in Campinas (Bundesstaat São Paulo) in Zukunft als Exportplattform für die Lieferungen in andere lateinamerikanische Länder dienen und den Marktanteil auf dem Subkontinent bis 2009 von derzeit 8 auf 15% ausbauen.

Die Exporte des Sektors konnten 2006 einen sehr starken Zuwachs von 45% auf 7.767 Mio USD verbuchen. Vor allem der Bereich Telekommunikation sorgte mit einer Steigerung von fast 150% auf 2.832 Mio USD für Impulse, aber auch die Ausfuhren von Informatikprodukten legten um 47% und die von Industrieausrüstungen um 35% zu. Im laufenden Jahr dürfte sich die Exportdynamik deutlich abschwächen, Abinee prognostiziert eine Erhöhung um nur noch 6%.

Als wichtigstes Ereignis der Branche gelten die Messen „FIEE“ und „electronicAmericas“. Die Messen werden im zweijährigen Abstand in São Paulo, in den „geraden“ Jahren hingegen wird die FIEE in einer kleineren Ausführung in der Hauptstadt des Bundesstaates Minas Gerais, Belo Horizonte veranstaltet. Die „FIEE MG - Feira Internacional da Industria Eletrica e Eletronica“ wird vom 22. bis 25.8.2006 auf dem Messegelände „Expominas“ ausgetragen.

A.H./NfA/26.4.2006

KONTAKT:

Associação Brasileira da Indústria Elétrica e Eletrônica - Abinee  
Av. Paulista 1313  
7. andar, conjunto 703  
01311-923 São Paulo - SP  
Tel.: 005511/21 75-00 00  
Fax: -90  
E-Mail: abinee@abinee.org.br  
Internet: www.abinee.org.br

PANAMA / INFRASTRUKTUR

Größte Erweiterung des Kanals seit 1914 geplant

Entscheidung soll in Referendum fallen / Kosten von 4,3 Mrd EUR / Von Eloy O. Aguilar

PANAMA (AP)--Um gigantischen Containerschiffen die Passage zwischen Pazifik und Atlantik zu ermöglichen, soll der Panama-Kanal erheblich ausgebaut werden. Der Präsident von Panama, Martin Torrijos, kündigte am Montagabend im staatlichen Fernsehen Pläne für die größte Erweiterung seit der ersten Durchfahrt im Jahr 1914 an. Verwaltungschef Alberto Aleman Zubieta zufolge wird der Ausbau umgerechnet rund 4,3 Mrd EUR kosten.

Die Vergrößerung der Schiffspassage sei „die wichtigste Entscheidung bezüglich des Kanals und seiner Rolle im 21. Jahrhundert“, erklärte Torrijos. Sollte sich Panama dem wirtschaftlichen Wettbewerb nicht stellen, verliere der Kanal zu Gunsten anderer Routen an Bedeutung. Ihn nicht auszubauen, sei daher unverzeihlich. Zubieta sprach von einer „notwendigen, zweckmäßigen und wirtschaftlich korrekten“ Maßnahme.

Der Verwaltungsrat habe das Vorhaben bereits gebilligt, sagte Torrijos. Letztlich solle die Bevölkerung in einem Referendum darüber entscheiden. Finanziert werden solle der Ausbau unter anderem durch Gebühren für die Nutzung der Wasserstraße.

Die so genannten Panamax-Schiffe passen hinsichtlich Länge, Breite und Tiefgang gerade noch durch die Schleusen des Panama-Kanals. Mit Blick auf Containerschiffe, die

doppelt so viel Fracht transportieren können wie die Panamax, sollen nun breitere Schleusen gebaut werden.

Die Regierung in Panama-Stadt fürchtet, dass die Handelsschiffe sonst andere Routen zwischen Atlantik und Pazifik wählen und ihr damit wichtige Einnahmen entgehen. Außerdem rechnet sie mit rund 7.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen während der fünfjährigen Baumaßnahmen. Im Jahr 2005 brachte der Kanal Panama Einnahmen in Höhe von umgerechnet 970 Mio EUR ein.

Gegner der geplanten Erweiterung, darunter der frühere Verwaltungsratschef Fernando Manfredo, argumentieren, das Projekt sei unnötig und wegen seiner Abhängigkeit von politischen und wirt-

schaftlichen Entwicklungen zu riskant. Sie fordern stattdessen den Bau eines riesigen Hafens auf der Pazifik-Seite des Kanals, wo große Containerschiffe ihre Fracht für den Transport Richtung Atlantik auf kleinere Schiffe umladen könnten. Der Bau eines solchen Hafens würde ihren Angaben zufolge nur ein Zehntel der Kosten für den Ausbau des Kanals verschlingen.

Der Panama-Kanal ist etwa 80 km lang. Mit drei Schleusenanlagen wird ein Höhenunterschied von 26 Metern relativ zum Meeresspiegel überwunden. Seit Ende 1999 wird er von Panama verwaltet. Genutzt wird er in erster Linie von den USA, südamerikanischen Ländern und China.

NfA/26.4.2006

USA / ENERGIE

Strategische Ölreserve soll in 15 Jahren um 45% steigen

NEW YORK (Dow Jones)--Das US-Energieministerium (DoE) sucht gegenwärtig nach Möglichkeiten, die Strategische Ölreserve des Landes binnen 15 Jahren um 45% auf dann 1 Mrd Barrel zu steigern. Wie das DoE mitteilte, beträgt diese Reserve gegenwärtig 687,5 Mio Barrel. Ein Lageraufbau im angestrebten Ausmaß würde die Beschaffung von täglich 55.000 Barrel Öl erforderlich machen.

Als mögliche Wege nannte das DoE direkte Käufe oder Ölabgaben aus Feldern, die sich auf Territorium des Bundesstaats befinden (Federal Leases). Das Ministerium bittet die Öffentlichkeit bis 24. Mai um Kommentare zu dem Vorhaben, die Lagerkapazitäten der Strategische Ölreserve - Salzstock-Kavernen an der Golfküste - auszuweiten.

NfA/26.4.2006

NORD- UND SÜDAMERIKA

ECUADOR / ENERGIE

Stromwirtschaft braucht mehr Ausrüstungen

Kraftwerke in Bau / Staatliche Übertragungsfirma investiert / Von Ulrich Binkert

QUITO (Dow Jones/bfai)--Durch den zögerlich einsetzenden Bau von Kraftwerken steigt in Ecuador der Bedarf an Ausrüstungen für die Stromwirtschaft. Der Monopolist für die Stromübertragung setzt sein Investitionsprogramm fort, während die Versorgungsunternehmen dafür zu wenig Mittel haben. Die einheimische Branchenproduktion beschränkt sich auf Verteilertransformatoren, so dass die meiste Technik aus dem Ausland stammt. Unter den Lieferländern liegt Deutschland hinter den führenden USA und Finnland, aber auch Ländern aus der Region.

Nachdem in Ecuador während der letzten Jahre kaum neue Kraftwerke entstanden sind, beobachten Techniklieferanten nun hoffnungsfroh die Umsetzung einiger Projekte zur Stromerzeugung. Die Staukraftwerke San Francisco (212 MW Kapazität) und Mazar (190 MW) sind in Bau, ebenso eine Reihe von kleinen Laufwasserkraftwerken mit 10 bis 20 MW. Daneben gibt es Chancen für die Verwirklich weiterer Großprojekte.

Leitungskapazität nach Kolumbien soll sich verdoppeln

Bester Kunde der Ausrüster für die Stromwirtschaft ist bisher Transselectric. Der Monopolist für die Stromübertragung ist zwar ebenso wie die Versorger und die meisten Erzeuger in staatlicher Hand, er gilt aber als wirtschaftlich gesund und gut gemanagt. Die Firma arbeitet an einem „Erweiterungsplan 2001-2010“, den sie nach Angaben von Branchenvertretern - wenn auch teilweise mit Verzögerungen - einhalten dürfte. Die Rahmen-daten sind auf der Homepage des Unternehmens einsehbar. Eine der wichtigsten Arbeiten besteht derzeit darin, die Kapazität der Verbindung mit Kolumbien von heute 250 auf 500 MW zu erhöhen; Technik-lieferanten bieten für dieses Projekt an. Daneben verstärkt und erweitert die Firma laufend ihr Netz zur

Sicherung der Versorgung in ländlichen und städtischen Gebieten. In Guayaquil kooperiert sie dabei mit dem örtlichen Stromversorger. In der Hafenmetropole müssten nach Branchenangaben innerhalb von zwei Jahren 50 Mio USD in das dort besonders schlechte Leitungssystem investiert werden; große neue Erzeuger könnten gar nicht absorbiert werden.

Die technische Infrastruktur für die Stromverteilung ist insgesamt veraltet und defizitär. Nach Angaben des Energieministeriums müssten allein in einem ersten Schritt 345 Mio USD investiert werden. In der Hauptstadt Quito sollen 2006 rd. 10 Mio USD fließen. Tatsächlich tun die Unternehmen jedoch wenig. Die immer noch staatlichen Firmen sind oft schlecht geführt und hoch verschuldet, weil sie ein Viertel des an sie gelieferten Stroms „verlieren“ und vom Rest nur einen Teil bezahlt bekommen. Die als Entwicklungsbank tätige Corporación Andina de Fomento will für den Ausbau der Infrastruktur Kredite bereitstellen. Der staatliche Fondo de Electrificación Rural y Urbano Marginal (Ferum) plant 2006 insgesamt

44 Mio USD für die ländliche Elektrizitätsversorgung zur Verfügung zu stellen, etwa gleich viel wie jeweils in den beiden Jahren zuvor.

Die ländlichen Gebiete Ecuadors waren Ende 2005 zu 84% an die Stromversorgung angeschlossen. Größer sind die Defizite im dünn besiedelten Amazonastiefland, wo Insellösungen gefragt sind, und in einigen Küstenprovinzen, wo die Netze ausgebaut werden müssen. Kleine Verteilungsnetze betreiben die Erdölfirmen, welche die Schaltschränke, Verteilungstrafos und andere Technik dafür selbst importieren. Die meisten Ausrüstungen für die Stromwirtschaft stammen aus dem Ausland. Die Marktgröße lässt sich daher in etwa an

der Einfuhrstatistik ablesen mit der Einschränkung, dass die Produkte dort nicht immer gut abgrenzbar sind und Ecuadors Zollverwaltung Defizite aufweist. Die periodisch schwankenden Importe von Stromerzeugungsaggregaten stiegen 2005, ebenso die von Transformatoren sowie Leitern. Führendes Lieferland war bisher stets die USA, Deutschland lag in den letzten Jahren im Schnitt an neunter Stelle.

Generatortechnik wird zollfrei importiert

Wichtigste einheimische Hersteller der Branche sind die Firmen Ecuatrans und Inatra, die Verteilertransformatoren herstellen. Die beiden Unternehmen besaßen nach Branchenangaben 2005 knapp 40 bzw. 8% in diesem Markt, der 8,5 Mio USD umfasste. Gut vertreten waren in diesem Segment auch Fohama (Argentinien, 18%), Intelmech (15%) und Rymel (Kolumbien, 8%), so Zahlen auf der Basis der Einfuhrstatistik. Von den - höheren - Umsätzen mit Schaltschränken entfiel den Daten zufolge über die Hälfte auf Siemens, 0,3 Mio USD sollen einheimische Hersteller umsetzen. Siemens ist auch gut im Geschäft mit Unterstationen vertreten. Bei Schaltern besitzt ABB hohe Marktanteile.

Die Einfuhrzölle liegen für Anlagen zur Übertragung etwa zwischen 5 und 15% und wurden für Stromerzeugungstechnik vielfach abgeschafft. Transselectric achtet nach Angaben von Branchenvertretern stark auf einen guten Service und akzeptiere dafür auch mal einen höheren Preis. Bei den Versorgern sei der Preis wichtiger, besonders in der Küstenregion.  
B.U./NfA/26.4.2006

| Importe von Ausrüstungen für die Stromwirtschaft<br>(in 1.000 USD, cif) |                                                                                                       |        |        |        |        |
|-------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|--------|--------|--------|
| HS-ZTPos.                                                               | Produkt                                                                                               | 2002   | 2003   | 2004   | 2005   |
| 8406.81, .82                                                            | Dampfturbinen außer für Wasserfahrzeuge                                                               | 287    | 54     | 36     | 959    |
| 8406.90                                                                 | Teile für Dampfturbinen                                                                               | 1.101  | 1.130  | 1.700  | 322    |
| 8410                                                                    | Wasserturbinen, Wasserräder und Regler dafür                                                          | 3.194  | 1.794  | 3.782  | 558    |
| 8411.82                                                                 | Andere Gasturbinen mit einer Leistung größer 5.000 kW                                                 | 4.099  | 2.415  | -      | 4.388  |
| 8501.60                                                                 | Wechselstromgeneratoren                                                                               | 2.805  | 1.359  | 927    | 3.027  |
| 8502                                                                    | Stromerzeugungsaggregate und elektrische rotierende Umformer                                          | 33.774 | 62.014 | 23.014 | 27.553 |
| 8504                                                                    | Elektr. Transformatoren, Stromrichter, Selbstinduktionsspulen                                         | 25.136 | 28.431 | 28.862 | 38.809 |
| 8532.10                                                                 | Kondensatoren mit Blindleistung größer oder gleich 0,5 kvar (Leistungskondensatoren)                  | 224    | 146    | 194    | 480    |
| 8535                                                                    | Schalter für eine Spannung größer 1.000 V                                                             | 5.825  | 6.989  | 5.717  | 7.286  |
| 8537                                                                    | Tafeln, Schränke u.a. Träger zum Schalten/Steuern oder für die Stromverteilung, für eine Spannung ... | 13.789 | 15.760 | 11.373 | 15.965 |
| 8544.50                                                                 | Andere elektrische Leiter, für eine Spannung von 80-1.000 V                                           | 16.503 | 18.546 | 18.150 | 22.508 |
| 8544.60                                                                 | Andere elektrische Leiter, für eine Spannung größer 1.000 V                                           | 4.726  | 9.551  | 12.183 | 17.971 |
| Quelle: Banco Central                                                   |                                                                                                       |        |        |        |        |

AFRIKA UND NAHOST

ISRAEL / LUFT- UND RAUMFAHRT

Verhandlungen mit Airbus vor dem Durchbruch

Luftverkehrsgesellschaft El Al will acht Maschinen kaufen / Von Wladimir Struminski

JERUSALEM (Dow Jones/bfai)--Die israelische Wirtschaftszeitung „The Marker“ berichtet, dass ein Vertragsabschluss über den Verkauf von Airbus-Flugzeugen an die Luftverkehrsgesellschaft El Al bevorsteht. Der Vertragsentwurf sehe die Lieferung von acht Airbus-330-Maschinen an das israelische Unternehmen vor. Der Wert des Auftrags, einschließlich der Lieferung von Teilen, liegt bei rd. 500 Mio USD.

Ende 2005 bestand die El-Al-Flotte aus 34 Maschinen. Die acht neuen Airbus-Flieger sollen Flugzeuge des Typs Boeing 767 ersetzen. Mit der erwarteten Zunahme des Flugverkehrs von und nach Israel und mit einer fortschreitenden Deregulierung des Luftverkehrsmarktes könnte die Nachfrage israelischer Airlines nach Flugzeugen noch weiter steigen. Über die unmittelbare Bedeu-

tung des anvisierten Abschlusses für das Lieferunternehmen hinaus, würde ein Auftrag an Airbus auch das Image europäischer Technologie positiv beeinflussen.

Mit Boeing und Airbus verhandelt

Laut „The Marker“ hat El Al im Grundsatz beschlossen, bei ihrer anstehenden Beschaffungsrunde

den europäischen Flugzeugbauern den Vorrang zu geben. Bestätigt hat die Fluggesellschaft lediglich, dass Verhandlungen sowohl mit Airbus als auch mit Boeing geführt werden.

Banken sorgen für Finanzierung

Wie es in dem Bericht weiter heißt, werde in Kürze über die finanziellen Einzelheiten des Vertrages verhandelt. Der EU nahe stehende Banken sollen der israelischen Gesellschaft Darlehen mit einer Lauffrist von 14 Jahren einräumen. Die Auslieferung der Maschinen ist innerhalb von drei Jahren ab der Vertragsunterzeich-

nung vorgesehen. Bisher hat El Al ausschließlich Boeing-Maschinen erworben. Marktbeobachter begründen dies damit, dass die Gesellschaft ein staatseigenes Unternehmen gewesen ist. Mit der 2004/05 erfolgten Privatisierung der El Al hat sich die Situation jedoch geändert.  
S.T./NfA/26.4.2006

| KONTAKT:                 |
|--------------------------|
| El Al                    |
| P.O. Box 41              |
| 70100 Ben Gurion Airport |
| Israel                   |
| Tel.: 003723/9 71 61 11  |
| Internet: www.elal.co.il |

NIGERIA / FINANZIERUNG

Schulden beim Pariser Club getilgt

LAGOS (AP)--Als erstes afrikanisches Land hat Nigeria seine Schulden beim Pariser Club getilgt. Die letzte Tranche in Höhe von 4,5 Mrd USD sei überwiesen worden, sagte Mansur Muhtar, der Leiter des nigerianischen Amtes für Schuldenverwaltung. Die Schulden des ölreichen Nigerias beim Pariser Club, einem Zusammenschluss westlicher Gläubigerstaaten, beliefen sich auf 30,4 Mrd USD. Nach einer Vereinbarung musste das Land 12,4 Mrd USD zurückzahlen. Im Gegenzug sollten Nigeria die restlichen 18 Mrd USD erlassen werden. Die meisten der Schulden stammen von Krediten, die Nigeria Anfang der 80er Jahre aufnahm, als die Ölpreise sanken.  
AP/NfA/26.4.2006

| Business-Kalender Außenwirtschaft                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |           |                                                            |                                                            |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|
| Neu veröffentlichte Inlandstermine:                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |           |                                                            |                                                            |
| Termin                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Ort       | Thema                                                      | Veranstalter                                               |
| 16.05.2006 - 21.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Berlin    | ILA - Internationale Luft- und Raumfahrttausstellung       | BMWi<br>http://www.bmw.de/                                 |
| 17.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Kassel    | Produktzertifizierungspflicht für den Export nach Russland | IHK Kassel<br>http://www.ihk-kassel.de/                    |
| 17.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Konstanz  | Erstellung akkreditiv-gerechter Exportdokumente            | IHK Konstanz<br>http://www.veranstaltungen.ihk24.de/       |
| 18.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Heilbronn | AHK-Sprechtage Brasilien                                   | IHK Heilbronn<br>http://www.heilbronn.ihk.de/              |
| 18.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Stuttgart | ATLAS - Ausfuhr                                            | IHK Stuttgart<br>http://www.veranstaltungen.ihk.de/        |
| 22.05.2006 - 23.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | Stuttgart | 6. Brasilien Automobil Zulieferer Synergiebörse            | Forum Brasilien<br>http://www.forum-brasilien.de/          |
| 22.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Bremen    | Peru Wirtschaftstag                                        | Ibero-Amerika-Verein<br>http://www.ibero-amerikaverein.de/ |
| 22.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Essen     | Abwicklung von Exportgeschäften                            | IHK Essen<br>http://www.veranstaltungen.ihk.de/            |
| 23.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Darmstadt | Internationale IT - Marktpotenziale                        | IHK Darmstadt<br>http://www.veranstaltungen.ihk.de/        |
| 23.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Hagen     | Wirtschaftskonferenz Kanada                                | IHK Hagen<br>http://www.veranstaltungen.ihk.de/            |
| 24.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Essen     | Abwicklung von Exportgeschäften                            | IHK Essen<br>http://www.veranstaltungen.ihk.de/            |
| 24.05.2006                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | Nürnberg  | Ausfuhrverfahren - Gestaltungsmöglichkeiten und Ablauf     | IHK Nürnberg<br>http://www.nuernberg.ihk.de/               |
| <div><div><div>IXPOS</div></div><div>Quelle : IXPOS<br/>Außenwirtschaftsportal<br/>www.ixpos.de/kalender</div></div> <div><div>Der NfA-Business-Kalender Außenwirtschaft erscheint regelmäßig mit den neu bekannt gewordenen Inlandsterminen und mit wichtigen Auslandsterminen, die mindestens sechs Wochen im Voraus angekündigt werden. Die Termine finden Sie auch im Internet unter</div><div>www.djnewsletters.de/nfa. Alle Angaben ohne Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit.</div></div> |           |                                                            |                                                            |

WELT / ENERGIE

Glos: Ölländer sollen in die Produktion investieren

BERLIN (Dow Jones)--Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat die Ölförderländer aufgefordert, die anstehenden großen Investitionen in die Produktion nicht aufzuschieben, damit der Ölpreis wieder auf ein vernünftiges Niveau sinken könne. „Wir müssen wieder eine höhere Flexibilität in der Ölproduktion erreichen, damit nicht jeder drohende Engpass den Ölpreis immer weiter in die Höhe treibt“, sagte Glos laut Mitteilung des Bundeswirtschafts-

ministeriums beim 10. Internationalen Energieforum in Doha. Zwischen Ölproduzenten und Verbrauchern müsse mehr Transparenz aufgebaut werden, damit mehr Kooperation und Partnerschaft möglich seien. „Die gewaltigen Herausforderungen der globalen Energiesicherung sind nur in Partnerschaft zu lösen“, sagte der Wirtschaftsminister. Das 10. Internationale Energie Forum findet 15 Jahre nach der ersten Konferenz der Ölförder- und Verbrauchsländer statt. Glos traf in Doha unter anderem mit Katars Vizepremier und Öl- und Industrieminister Al-Attiyah zusammen. *bep/NfA/26.4.2006*

WELT / STAHL

Stahlindustrie sieht kräftiges Branchenwachstum

HANNOVER (AP)--Die weltweite Stahlindustrie wächst kräftig: Im laufenden Jahr soll die Rohstahlerzeugung auf 1,2 Mrd Tonnen steigen, wie der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Dieter Amelung, auf der Hannover Messe sagte. Im vergangenen Jahr waren es 1,13 Mrd Tonnen. Im kommenden Jahr rechnet die Industrie mit 1,3 Mrd Tonnen. „Die Weltstahlindustrie wird in den nächsten zwei Jahren solide wachsen“, sagte Amelung. Auch die deutsche Stahlbranche profitiert vom Boom. „Insgesamt

wird die Produktion der Stahlverarbeiter in Deutschland 2006 um rund 2,5% zunehmen“, sagte Amelung. Die wichtigen Kundenbranchen wie Autobau, Walzwerke, Maschinenbau oder Rohrerhersteller würden im laufenden Jahr 2,5% bis 3% mehr absetzen. Im gewerblichen Hochbau wird sogar ein Anstieg von 19% erwartet. Insgesamt sollen in Deutschland 45,7 Mio Tonnen Stahl erzeugt werden. Auf der Kostenseite droht der Branche allerdings Gefahr: Koksholz und Eisenerz werden teurer, wie auch Zink, das für die in der Autobranche beliebten rostarmen verzinkten Bleche gebraucht wird. Auch die Schrottpreise seien gestiegen. *NfA/26.4.2006*

WELT / WIRTSCHAFT

WTO sagt Ministertreffen in Genf ab

GENF (AP)--Die Welthandelsorganisation (WTO) hat ein in dieser Woche in Genf geplantes Ministertreffen zur Liberalisierung des Welthandels abgesagt. Die 149 Mitglieder werden damit auch eine Ende April ablaufende Frist für verbindliche Zusagen zur Kürzung von Agrar- und Industriezöllen verfehlen, wie WTO-Direktor Pascal Lamy in Genf mitteilte.

WELT / LUFTFAHRT

Lufthansa Cargo erhöht Kerosinzuschlag

FRANKFURT (Dow Jones)--Die Lufthansa Cargo AG erhöht den Treibstoffzuschlag beginnend zum 8. Mai auf 0,55 von zuvor 0,50 EUR je Kilogramm des tatsächlichen Frachtgewichts. Grund seien die weiter steigenden Kerosinpreise, teilte das Unternehmen mit. Zuletzt hatte die Fluggesellschaft den Zuschlag je Kilogramm am 20. Februar auf 0,50 von 0,45 EUR angehoben. Die Erhöhung reflektiere den Anstieg des Kraftstoffpreises an den fünf weltweit wichtigsten Spotmärkten. Die Lufthansa erklärte ferner, eine Erhöhung des Treibstoffzuschlags für das Passagiergeschäft sei derzeit nicht vorgesehen. Allerdings beo-

| DEVISEN         |          |           |  |
|-----------------|----------|-----------|--|
| Kurse zum Euro  |          | 25.4.2006 |  |
| Land            | ISO-Code |           |  |
| Ägypten         | EGP      | 7,143     |  |
| Albanien        | ALL      | 122,4431  |  |
| Algerien        | DZD      | 90,151    |  |
| Argentinien     | ARS      | 3,7745    |  |
| Armenien        | AMD      | 534,85    |  |
| Aserbaidtschan  | AZM      | 5.358,10  |  |
| Australien      | AUD      | 1,6626    |  |
| Belarus         | BYR      | 2.591,55  |  |
| Brasilien       | BRL      | 2,6112    |  |
| Bulgarien       | BGN      | 1,9555    |  |
| Chile           | CLP      | 624,58    |  |
| China           | CNY      | 9,865     |  |
| Dom.Rep. *      | DOP      | 30,92564  |  |
| Dänemark        | DKK      | 7,4608    |  |
| Estland         | EEK      | 15,6466   |  |
| Georgien        | GEL      | 2,2297    |  |
| Großbritannien  | GBP      | 0,6944    |  |
| Hongkong        | HKD      | 9,59      |  |
| Indien          | INR      | 55,80     |  |
| Indonesien      | IDR      | 10.944,00 |  |
| Israel          | ILS      | 5,634     |  |
| Japan           | JPY      | 141,87    |  |
| Jordanien       | JOD      | 0,8798    |  |
| Kanada          | CAD      | 1,413     |  |
| Kasachstan      | KZT      | 157,57    |  |
| Katar           | QAR      | 4,5233    |  |
| Kenia           | KES      | 88,68     |  |
| Kirgisistan     | KGS      | 49,855    |  |
| Korea (Rep.)    | KRW      | 1.169,00  |  |
| Kroatien        | HRK      | 7,217     |  |
| Kuwait          | KWD      | 0,36287   |  |
| Lettland        | LVL      | 0,6958    |  |
| Litauen         | LTN      | 3,4028    |  |
| Malaysia        | MYR      | 4,505     |  |
| Malta           | MTL      | 0,4286    |  |
| Marokko         | MAD      | 11,00     |  |
| Mazedonien      | MKD      | 63,1216   |  |
| Mexiko          | MXN      | 13,736    |  |
| Moldau          | MDL      | 15,639    |  |
| Neuseeland      | NZD      | 1,9805    |  |
| Nigeria *       | NGN      | 122,653   |  |
| Norwegen        | NOK      | 7,8475    |  |
| Oman            | OMR      | 0,47841   |  |
| Pakistan        | PKR      | 74,20     |  |
| Philippinen     | PHP      | 64,20     |  |
| Polen           | PLN      | 3,8699    |  |
| Rumänien        | RON      | 3,6859    |  |
| Russland        | RUB      | 33,40     |  |
| Saudi-Arabien   | SAR      | 4,64      |  |
| Schweden        | SEK      | 9,3326    |  |
| Schweiz         | CHF      | 1,5733    |  |
| Serbien         | CSD      | 86,6315   |  |
| Simbabwe *      | ZWD      | 99.032,00 |  |
| Singapur        | SGD      | 1,965     |  |
| Slowakei        | SKK      | 36,30     |  |
| Slowenien       | SIT      | 239,4748  |  |
| Südafrika       | ZAR      | 7,525     |  |
| Sri Lanka       | LKR      | 126,95    |  |
| Tadschikistan   | TJS      | 3,8679    |  |
| Taiwan          | TWD      | 39,344    |  |
| Thailand        | THB      | 46,70     |  |
| Tschechien      | CZK      | 27,95     |  |
| Türkei          | TRY      | 1,635     |  |
| Tunesien        | TND      | 1,6485    |  |
| Ukraine         | UAH      | 6,1676    |  |
| Ungarn          | HUF      | 264,00    |  |
| Usbekistan      | UZS      | 1.460,06  |  |
| Venezuela       | VEB      | 2.648,20  |  |
| Ver.Arab.Emir.  | AED      | 4,547     |  |
| Zypern          | CYP      | 0,5761    |  |
| * 1 USD = ...WE |          |           |  |
| SZR-Wert        |          |           |  |
| EUR             | 1XDR     | 1,18154   |  |
| USD             | 1XDR     | 1,46097   |  |

IMPRESSUM

Nachrichten für  
Außenhandel

**Redaktion:** +49(0)69/29725-415  
**E-Mail:** nfa.de@dowjones.com  
**Abo-Service:** +49(0)69/29725-442  
**Anzeigen:** Süd +49(0)69/66563211  
Nord +49(0)30/78081188

Herausgeber und Verlag:  
Dow Jones News GmbH, Baseler Arkaden,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 78, 60329 Frankfurt  
am Main; HRB 58631 Frankfurt  
Geschäftsführer: Dr. Matthias Paul, Volker Schneider,  
Mike Bergmeijer und Tom McGuirl  
Telefon: +49(0)69/29725-400,  
Telefax: +49(0)69/29725-440,  
Internet: http://www.djnewsletters.de/nfa  
Chefredakteur: Armin Kalbfleisch  
Geschäftsführender Redakteur: Stéphane Itasse  
Redaktion: Willibald Schleiff, Lars Hoffmann  
**Anzeigenverkauf Süd:** Asia Vision Verlag  
Frankfurt, Tel.: +49(0)69/66563211,  
E-Mail: anzeigen@asiavision.de  
**Anzeigenverkauf Nord:** MEDIENANKER  
Marketing & Kommunikation, Berlin,  
Jörg Schäffer, Tel.: +49(0)30/78081188,  
E-Mail: anzeigen@medienanker.com  
Druck: Societätsdruck, Frankenallee 71-81,  
60327 Frankfurt am Main. Für die Herstellung  
der Nachrichten für Außenhandel wird aus-  
schließlich Recyclingpapier verwendet.  
Erscheinungsweise: montags bis freitags.  
Dow Jones News stützt sich neben umfangreicher  
Eigenberichterstattung auf weitere auch interna-  
tional tätige Nachrichtenagenturen, wie insbesondere  
ddp und APA, bei Charts und Kursen auch auf vwd  
group sowie auf Berichte der bfai - Bundesagentur  
für Außenwirtschaft, Köln. Inhalt nach bestem Wis-  
sen, aber ohne Gewähr.  
Alle Rechte vorbehalten. Es wird ausdrücklich dar-  
auf hingewiesen, dass hinsichtlich der Inhalte Ur-  
heberschutz besteht. Kopien, Nachdrucke, Weitergaben  
im Umlauf, Übersetzungen, Bearbeitungen, Auswer-  
tungen oder sonstige Vervielfältigungen jeglicher Art  
bzw. Verbreitung oder Nutzung für Verbreitungen in  
allen Medien (gedruckt oder elektronisch) sind nur  
mit vorheriger, ausdrücklicher Genehmigung durch  
Dow Jones News gestattet. Zuwiderhandlungen wer-  
den rechtlich verfolgt!

SERVICE

| Internationale Länder-Bonitäts-Rangliste Frühjahr 2006 |           |                                  |                |             |        |
|--------------------------------------------------------|-----------|----------------------------------|----------------|-------------|--------|
| Rang                                                   |           | Land                             | Bonitäts-index | Veränderung |        |
| Sept. 2005                                             | März 2006 |                                  |                | 6 Monate    | 1 Jahr |
| 1                                                      | 1         | Schweiz                          | 95,5           | 1,1         | 1,0    |
| 2                                                      | 2         | Norwegen                         | 94,6           | 0,4         | 0,9    |
| 5                                                      | 3         | Finnland                         | 94,2           | 1,4         | 1,5    |
| 4                                                      | 4         | Großbritannien                   | 94,1           | 1,0         | 1,4    |
| 6                                                      | 5         | Dänemark                         | 94,0           | 1,3         | 1,9    |
| 3                                                      | 6         | Luxemburg                        | 93,7           | 0,4         | 0,9    |
| 8                                                      | 7         | Schweden                         | 93,6           | 1,1         | 2,0    |
| 9                                                      | 8         | USA <sup>1)</sup>                | 93,5           | 1,0         | 1,1    |
| 7                                                      | 9         | Niederlande                      | 93,5           | 0,9         | 1,5    |
| 11                                                     | 10        | Kanada                           | 93,2           | 1,4         | 2,3    |
| 10                                                     | 11        | Frankreich                       | 93,1           | 1,0         | 0,9    |
| 12                                                     | 12        | Österreich                       | 92,9           | 1,5         | 1,7    |
| 13                                                     | 13        | Deutschland                      | 92,8           | 1,4         | 1,0    |
| 14                                                     | 14        | Irland                           | 91,5           | 0,7         | 1,5    |
| 15                                                     | 15        | Belgien                          | 90,5           | 1,1         | 1,5    |
| 17                                                     | 16        | Spanien                          | 89,4           | 0,9         | 1,8    |
| 16                                                     | 17        | Singapur                         | 88,9           | -0,1        | -0,6   |
| 18                                                     | 18        | Australien                       | 85,9           | -1,3        | -0,1   |
| 19                                                     | 19        | Japan                            | 85,3           | 0           | 0,9    |
| 21                                                     | 20        | Italien                          | 84,6           | 1,4         | 1,0    |
| 20                                                     | 21        | Neuseeland                       | 84,1           | 0,1         | 1,1    |
| 23                                                     | 22        | Island                           | 83,5           | 3,2         | 5,8    |
| 22                                                     | 23        | Portugal                         | 83,2           | 1,8         | 1,6    |
| 24                                                     | 24        | Taiwan                           | 79,1           | 1,5         | 2,0    |
| 25                                                     | 25        | Hongkong                         | 78,7           | 2,7         | 3,0    |
| 27                                                     | 26        | Griechenland                     | 77,3           | 2,5         | 1,3    |
| 26                                                     | 27        | Slowenien <sup>1)</sup>          | 77,3           | 2,3         | 3,1    |
| 28                                                     | 28        | Südkorea                         | 76,7           | 3,6         | 4,7    |
| 32                                                     | 29        | Malta                            | 74,7           | 3,9         | 4,2    |
| 30                                                     | 30        | Chile                            | 73,6           | 2,0         | 3,6    |
| 31                                                     | 31        | Kuwait                           | 72,6           | 1,1         | 2,4    |
| 34                                                     | 32        | Tschechien                       | 72,5           | 2,3         | 3,9    |
| 29                                                     | 33        | Vereinigte Arab. Emirate         | 71,8           | -0,5        | 0,8    |
| 33                                                     | 34        | Katar                            | 71,6           | 0,8         | 2,7    |
| 35                                                     | 35        | Zypern                           | 70,5           | 1,2         | 3,3    |
| 37                                                     | 36        | China                            | 69,8           | 1,6         | 3,8    |
| 36                                                     | 37        | Malaysia                         | 69,7           | 0,5         | 1,5    |
| 38                                                     | 38        | Slowakei                         | 69,6           | 2,5         | 5,6    |
| 40                                                     | 39        | Estonia                          | 69,0           | 2,3         | 3,4    |
| 41                                                     | 40        | Polen                            | 68,2           | 1,9         | 2,8    |
| 39                                                     | 41        | Bahamas                          | 67,0           | -0,1        | 1,2    |
| 44                                                     | 42        | Israel                           | 66,5           | 2,1         | 4,5    |
| 47                                                     | 43        | Litauen                          | 66,2           | 2,9         | 4,8    |
| 50                                                     | 44        | Mexiko                           | 65,7           | 2,7         | 4,1    |
| 51                                                     | 45        | Lettland                         | 65,4           | 3,5         | 4,9    |
| 42                                                     | 46        | Ungarn                           | 65,3           | -0,6        | 0,1    |
| 49                                                     | 47        | Thailand <sup>1)</sup>           | 64,3           | 1,3         | 1,9    |
| 48                                                     | 48        | Bahrain <sup>1)</sup>            | 64,3           | 1,2         | 3,6    |
| 46                                                     | 49        | Botswana                         | 63,9           | 0,3         | 1,6    |
| 45                                                     | 50        | Barbados                         | 63,8           | 0,2         | 1,3    |
| 43                                                     | 51        | Oman                             | 63,6           | -0,8        | 0,5    |
| 53                                                     | 52        | Saudi-Arabien                    | 63,4           | 1,6         | 3,6    |
| 52                                                     | 53        | Südafrika <sup>1)</sup>          | 63,3           | 1,5         | 3,4    |
| 54                                                     | 54        | Trinidad u. Tobago <sup>1)</sup> | 63,3           | 2,6         | 4,0    |
| 55                                                     | 55        | Russland                         | 62,1           | 3,1         | 6,9    |
| 57                                                     | 56        | Tunesien                         | 58,6           | 1,4         | 3,2    |
| 59                                                     | 57        | Kroatien                         | 58,1           | 2,2         | 4,1    |
| 58                                                     | 58        | Indien                           | 57,1           | 0,5         | 1,8    |
| 60                                                     | 59        | Bulgarien                        | 57,0           | 2,0         | 5,0    |
| 61                                                     | 60        | Kasachstan                       | 56,3           | 3,6         | 4,5    |
| 56                                                     | 61        | Mauritius                        | 56,1           | -2,5        | -1,3   |
| 62                                                     | 62        | Rumänien                         | 52,8           | 0,8         | 4,4    |
| 65                                                     | 63        | Panama                           | 52,2           | 2,1         | 1,6    |
| 66                                                     | 64        | Brasilien                        | 52,1           | 3,9         | 5,4    |
| 63                                                     | 65        | Marokko                          | 51,8           | 0,0         | 1,1    |
| 64                                                     | 66        | Costa Rica                       | 51,2           | 1,1         | 0,8    |
| 73                                                     | 67        | Peru                             | 50,5           | 5,0         | 5,6    |
| 69                                                     | 68        | Algerien                         | 50,2           | 2,7         | 5,5    |
| 72                                                     | 69        | Kolumbien                        | 49,8           | 3,6         | 3,5    |
| 67                                                     | 70        | Ägypten                          | 49,5           | 1,5         | 3,0    |
| 68                                                     | 71        | El Salvador                      | 48,9           | 1,3         | 2,2    |
| 74                                                     | 72        | Türkei                           | 48,4           | 3,1         | 4,1    |
| 71                                                     | 73        | Jordanien <sup>1)</sup>          | 46,9           | 0,5         | 2,9    |
| 70                                                     | 74        | Namibia <sup>1)</sup>            | 46,9           | 0,5         | 1,2    |
| 76                                                     | 75        | Ukraine                          | 46,5           | 4,1         | 9,0    |
| 75                                                     | 76        | Philippinen                      | 45,6           | 2,9         | 2,1    |
| 79                                                     | 77        | Libyen                           | 44,5           | 3,2         | 3,0    |
| 83                                                     | 78        | Venezuela                        | 43,9           | 5,1         | 6,0    |
| 80                                                     | 79        | Vietnam                          | 43,4           | 3,4         | 4,7    |
| 85                                                     | 80        | Uruguay                          | 42,5           | 4,7         | 5,1    |
| 78                                                     | 81        | Guatemala                        | 42,4           | 0,9         | 2,3    |
| 81                                                     | 82        | Indonesien                       | 41,8           | 1,9         | 4,1    |
| 77                                                     | 83        | Iran                             | 41,0           | -1,2        | -1,6   |
| 82                                                     | 84        | Aserbaidshan                     | 40,1           | 0,7         | 5,1    |
| 93                                                     | 85        | Mazedonien                       | 37,2           | 5,4         | 7,0    |
| 90                                                     | 86        | Jamaika                          | 36,2           | 3,0         | 3,4    |
| 105                                                    | 87        | Serbien/Montenegro               | 35,5           | 6,6         | 11,4   |
| 107                                                    | 88        | Mongolei                         | 35,2           | 6,8         | 10,9   |
| 87                                                     | 89        | Sri Lanka                        | 35,0           | -1,2        | 0,6    |

| Rang               |           | Land                      | Bonitäts-index | Veränderung |        |
|--------------------|-----------|---------------------------|----------------|-------------|--------|
| Sept. 2005         | März 2006 |                           |                | 6 Monate    | 1 Jahr |
| 89                 | 90        | Pakistan                  | 34,7           | 1,0         | 4,6    |
| 115                | 91        | Argentinien               | 34,6           | 8,2         | 14,5   |
| 120                | 92        | Dominik.Republij          | 34,5           | 9,0         | 8,0    |
| 97                 | 93        | Papua Neuguinea           | 33,6           | 2,6         | 3,3    |
| 92                 | 94        | Senegal                   | 33,3           | 1,4         | 2,3    |
| 91                 | 95        | Ghana <sup>1)</sup>       | 32,5           | 0,3         | 2,8    |
| 113                | 96        | Kapverden <sup>1)</sup>   | 32,5           | 4,6         | 5,1    |
| 103                | 97        | Paraguay                  | 32,1           | 2,9         | 2,7    |
| 84                 | 98        | Kiribati                  | 31,8           | -6,6        | 8,2    |
| 111                | 99        | Ecuador                   | 31,7           | 3,7         | 2,2    |
| 95                 | 100       | Swasiland                 | 31,6           | 0,2         | 1,5    |
| 98                 | 101       | Libanon                   | 31,5           | 0,9         | 2,2    |
| 102                | 102       | Leostho <sup>1)</sup>     | 31,4           | 1,9         | 2,6    |
| 101                | 103       | Bolivien <sup>1)</sup>    | 31,4           | 1,5         | 2,8    |
| 104                | 104       | Honduras                  | 31,1           | 2,2         | 3,5    |
| 88                 | 105       | Jemen                     | 31,0           | -2,9        | 3,1    |
| 106                | 106       | Armenien                  | 30,7           | 2,2         | 6,6    |
| 94                 | 107       | Belize <sup>1)</sup>      | 30,7           | -0,7        | -2,7   |
| 96                 | 108       | Syrien                    | 30,1           | -1,1        | 0,2    |
| 112                | 109       | Bosnien-Herzegowina       | 29,8           | 1,8         | 2,9    |
| 123                | 110       | Nigeria                   | 29,5           | 4,4         | 2,9    |
| 108                | 111       | Bhutan                    | 29,4           | 1,0         | 3,9    |
| 109                | 112       | Bangladesch               | 28,5           | 0,2         | -0,3   |
| 99                 | 113       | Guyana                    | 28,1           | -2,3        | 1,6    |
| 122                | 114       | Turkmenistan              | 27,9           | 2,8         | 4,8    |
| 118                | 115       | Mosambik                  | 27,1           | 1,5         | 1,4    |
| 110                | 116       | Kenia                     | 27,0           | -1,1        | 1,0    |
| 127                | 117       | Albanien                  | 26,7           | 2,3         | 1,8    |
| 86                 | 118       | Tonga                     | 26,5           | -9,7        | -2,1   |
| 134                | 119       | Georgien                  | 26,1           | 3,5         | 7,4    |
| 128                | 120       | Uganda                    | 25,5           | 1,3         | 2,8    |
| 114                | 121       | Tansania                  | 25,3           | -2,1        | -1,6   |
| 129                | 122       | Benin                     | 24,7           | 1,1         | 1,3    |
| 130                | 123       | Dschibuti                 | 24,6           | 1,3         | -2,7   |
| 124                | 124       | Mali                      | 24,2           | -0,6        | 1,5    |
| 121                | 125       | Grenada <sup>1)</sup>     | 24,1           | -1,2        | -6,8   |
| 131                | 126       | Nicaragua <sup>1)</sup>   | 24,1           | 1,0         | 3,5    |
| 126                | 127       | Usbekistan                | 24,0           | -0,5        | 1,2    |
| 117                | 128       | Seychellen                | 23,9           | -2,2        | -1,3   |
| 125                | 129       | Laos <sup>1)</sup>        | 23,8           | -0,8        | 5,5    |
| 116                | 130       | Nepal <sup>1)</sup>       | 23,8           | -2,4        | 0,1    |
| 135                | 131       | Kirgisien                 | 23,2           | 0,9         | 3,2    |
| 100                | 132       | Vanuatu                   | 23,1           | -6,9        | -3,7   |
| 132                | 133       | Burkina Faso              | 22,9           | -0,1        | 0,8    |
| 140                | 134       | Kamerun                   | 22,6           | 2,1         | -1,2   |
| 133                | 135       | Weißrussland              | 21,5           | -1,4        | 1,1    |
| 139                | 136       | Kambodscha                | 21,4           | 0,2         | 1,3    |
| 136                | 137       | Osttimor                  | 21,3           | -0,5        | 3,6    |
| 137                | 138       | Gambia                    | 21,2           | -0,6        | 0,9    |
| 143                | 139       | Moldawien                 | 20,9           | 2,0         | 4,9    |
| 146                | 140       | Tadschikistan             | 20,8           | 2,7         | 7,5    |
| 138                | 141       | Gabun                     | 20,4           | -0,9        | -4,0   |
| 157                | 142       | Haiti                     | 20,1           | 4,0         | 6,0    |
| 142                | 143       | Madagaskar                | 19,9           | 0,4         | 1,4    |
| 144                | 144       | Äthiopien                 | 19,2           | 0,6         | 1,6    |
| 141                | 145       | Mauretanien <sup>1)</sup> | 19,0           | -0,5        | -2,2   |
| 150                | 146       | Sambia <sup>1)</sup>      | 19,0           | 1,6         | 2,8    |
| 149                | 147       | Sao Tome & Principe       | 18,8           | 1,2         | 1,7    |
| 119                | 148       | Solomon-Inseln            | 18,7           | -6,8        | -1,6   |
| 149                | 149       | Angola <sup>1)</sup>      | 18,7           | 0,8         | 0,7    |
| 147                | 150       | Malawi                    | 18,5           | 0,5         | -0,8   |
| 151                | 151       | Niger <sup>1)</sup>       | 17,7           | 0,7         | 1,3    |
| 155                | 152       | Tschad <sup>1)</sup>      | 17,7           | 1,4         | -3,1   |
| 158                | 153       | Eritrea                   | 16,8           | 1,0         | 0,6    |
| 145                | 154       | Togo                      | 16,7           | -1,4        | -1,2   |
| 162                | 155       | Ruanda                    | 15,8           | 1,8         | 2,7    |
| 164                | 156       | Cote d `Ivoire            | 15,7           | 1,9         | 0,8    |
| 159                | 157       | Kongo                     | 15,3           | 0,1         | 1,5    |
| 161                | 158       | Myanmar                   | 14,8           | 0,7         | -0,1   |
| 153                | 159       | Guinea                    | 14,4           | -2,2        | -2,4   |
| 156                | 160       | Komoren                   | 14,3           | -1,9        | -2,0   |
| 166                | 161       | Sudan                     | 14,1           | 2,1         | 1,5    |
| 152                | 162       | Kuba <sup>1)</sup>        | 13,7           | -3,3        | -2,4   |
| 167                | 163       | Afganistan <sup>1)</sup>  | 13,7           | 2,4         | -1,0   |
| 160                | 164       | Zentralafrikan. Republik  | 13,1           | -1,7        | -0,6   |
| 165                | 165       | Burundi                   | 12,7           | -0,2        | 0,6    |
| 154                | 166       | Guinea-Bissau             | 12,1           | -4,3        | 0,6    |
| 163                | 167       | Sierra Leone              | 11,6           | -2,2        | 1,3    |
| 172                | 168       | Dem. Republik Kongo       | 10,7           | 2,3         | 1,7    |
| 171                | 169       | Liberia                   | 10,6           | 2,1         | 2,3    |
| 168                | 170       | Simbabwe                  | 10,2           | -0,3        | -0,4   |
| 170                | 171       | Somalia                   | 9,9            | 0,3         | 1,2    |
| 169                | 172       | Irak                      | 9,4            | -0,3        | -1,5   |
| 173                | 173       | Nordkorea                 | 7,6            | 1,0         | 0,4    |
| Ratingdurchschnitt |           |                           | 45,1           | 1,0         | 2,2    |

<sup>1)</sup> Rangfolge bestimmt durch tatsächliche Bewertungsergebnisse vor Rundung